

Neuflücke Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 246 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Sonntag Montag, 4. 5. November 1934

Chefredakteur: M. Braun

„Wien, du Stadt meiner Träume“ ...

Seite 2

Wie, Picco von Gottes Gnaden

Seite 3

Schachts Kapitulation vor England

Seite 4

Teierer Bischof gegen „Nationalkirche“

Seite 7

Der englische Arbeitersieg

Labour auf dem Wege zur Regierungsmacht

London, 3. November.

Die Siege der Labour Party bei den Gemeindevahlen am 1. November übersteigen alle Erwartungen. Schon in der Nacht zum Freitag wurden weit über 500 neu eroberte Gemeinderatsitze gemeldet, die in der Hauptsache den Konservativen abgenommen worden sind. Die Gesamtzahl der Gewinne wird aber weit über dieser Zahl liegen. In den Londoner Gemeinden Poplar und Bermondsey wurden alle Gemeinderatsitze von der Labour Party genommen, so daß diese Gemeinderäte nun hundertprozentig von Labour-Leuten besetzt sind. Die Labour Party hat jetzt in 15 von 28 Londoner Gemeinden die Mehrheit. Bisher lag in London ihr höchster Ausschlag im Jahr 1919, wo sie in 14 Gemeinderäten die Mehrheit erlangen konnte. Im Jahre ihrer großen Niederlage 1921 hatte die Labour Party nur noch in drei Londoner Gemeinden die Mehrheit. Das zeigt den tiefen großen Aufschwung.

In Manchester wurden 9 Sitze gewonnen, die zwar noch keine Labour-Mehrheit schaffen, aber immerhin die bisherige konservative Mehrheit beseitigen. Nur mit der Unterstützung der Liberalen würden die Konservativen die Verwaltung dieser Großstadt noch behalten können. Aus Liverpool werden 13 neue Labour-Sitze gemeldet. In Sheffield hat sich die bisherige schwache Labour-Majorität von 2 auf 12 Sitze verhärtet.

Welches Ausmaß und welches Tempo die Fortschritte der Labour-Party erreicht haben, man daraus erkennen werden, daß beispielsweise in einer Gemeinde wie Cambridge, in der keine Labour-Mehrheit erreicht wurde, sich die Zusammen-

setzung des Gemeinderates immerhin so verändert hat, daß aus einem einzigen bisherigen Labour-Mitglied 29 geworden sind, während 39 bisherige konservative Mandate auf 31 zusammengeschmolzen sind.

In Fulham (Großlondon) gab es bisher einen Gemeinderat, den 40 Konservative ausschließlich beherrschten und in dem die 17 Labour-Mandate null war. Aus der Null ist eine absolute Mehrheit von 27 geworden und von den 40 konservativen Gemeinderäten werden nur 13 Geleihenheit haben, sich in Zukunft mit der Gemeindevverwaltung zu beschäftigen.

Die Konservativen sind die Hauptleidtragenden mit 137 Verlusten, denen nur 87 Gewinne gegenüberstehen. Bei den Liberalen betragen die Gewinne 7 und die Verluste 57, und die übrigen Parteien haben 24 Sitze gewonnen und 110 verloren.

Macdonalds Ende?

Die „Blutige Zeitung“ läßt sich aus London melden: „Das Ergebnis der Gemeindevahlen wird nicht ohne Rückwirkung auf die Regierung bleiben können, die nunmehr gewonnen ist, in ganz anderer Weise als bisher die Arbeiteropposition in ihre Berechnungen einbeziehen. Eine weitere Folge dürfte eine Stärkung der bereits sehr beträchtlichen Gruppe innerhalb der konservativen Partei sein, die von der nationalen Regierung loskommen will, um eine rein konservative Parteilinie verfolgen zu können, von der sie sich eine bessere Propagandamöglichkeit gegen die Arbeiterpartei verspricht.“

Enttäuschte Kämpfer Noch immer ohne Arbeit und Brot

Berlin, 31. Oktober. Viele Nationalsozialisten und Renegaterige hatten sich gestern abend auf dem Preussendamm Friedhof eingefunden, wo unter großen Ehren einer der wirklich „alten Kämpfer“ Adolf Hitler, der Ständartenführer Walter Heußel der Ständarten Hork Wessel zu Grabe geleitet wurde. Am offenen Grabe sprach der Reichsminister Goebbels in seiner Eigenschaft als Leiter von Berlin. Seine Rede wurde in anderem Sinne ein Ereignis, als wohl die meisten erwartet haben.

Wir haben Goebbels oft gehört, sowohl in öffentlichen Versammlungen wie im Reichstage, und er war immer ein kämpferischer, aggressiver Redner. Diesmal aber sprach er recht pessimistisch, und im Tone geradezu jammernd. Man sah ihm an und fühlte, wie ihn gerade in dieser skeptischen Berliner Bevölkerung die Sorgen bedrängen, und wie sehr der Glaube an den Nationalsozialismus sinkt. Mehrere Male sprach er von den Tausenden und Tausenden, die man an dieses Grab eines opfervollen Kämpfers rufen müsse, jene Tausende, die um kleinliche materielle Vorteile willen das Leben der Nation aufs Spiel setzten. Er schimpfte in seiner Grabrede regelrecht auf die Trägen und Faulen und Opferunlustigen, die über die nationalsozialistische Revolution triumphieren wollten.

Es sieht nicht, als ob die wimmernde Grabrede des durch seine politische Hebe Millionär gewordenen Goebbels auf die Anwesenden, die fröhlich an dem regnerischen Herbstabend herumstanden, erwärmend und überzeugend gewirkt hätte. Auch mit der Goebbelschen Popularität geht es zu Ende, wenn aus von der allgemeinen Enttäuschung bis zur revolutionären Aktion, die man dennoch herannahen fühlt, noch ein weiter Weg sein mag.

Nicht einmal die so hochgefeierten „alten Kämpfer“ wird gehofft, und wenn man uns täglich vorlägt, die Arbeitslosigkeit werde durch das Regime überwunden, so brauchen wir nur festzustellen, daß bisher nicht einmal die „alten Kämpfer“ in Lohn und Brot gebracht werden konnten. Und ist ein Aufruf bekannt geworden, den dieser Tage alle bayrischen Behörden und mit ihnen alle bayerischen Gauleitungen und SA- und SS-Führer Banerns an die Wirtschaft erlassen haben. Darin werden folgende alle wirtschaftlichen Siegesberichte über die „Arbeitschlacht“ lägen strafende Feststellungen gemacht:

„Unser Führer hat am 24. Februar d. J. seiner alten Parteigenossen gedacht und den Ausdruck getan: „Bergt mich meine alten Kämpfer nicht!“ Heute, nach ein-

halbjährigem erfolgreichem nationalsozialistischem Wirken sind viele (?) unter ihnen noch ohne Arbeit und Brot.

Verschiedene Unternehmer haben im Laufe dieses Jahres in anerkennenswerter Weise dem Wunsche des Führers Rechnung getragen. Einige Firmen stellten zwar Alt-kämpfer ein, haben sie jedoch nach kurzer Zeit wieder entlassen. Soweit nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes oder die betreffenden Alt-kämpfer Veranlassung gaben, muß das Verhalten solcher Firmen als anti-nationalsozialistisch bezeichnet werden, ebenso wie die ablehnende Haltung einzelner Firmen, die bisher sich überhaupt nicht entschließen konnten Alt-kämpfer einzustellen.“

Man stelle sich doch einmal vor, wie es den nationalsozialistischen Erwerbslosen ergeht, wenn solche Notrufe schon für die „alten Kämpfer“ erlassen werden, die man überall in den Vordergrund schiebt.

Wichtig ist allerdings auch das Eingeständnis, daß die Unternehmern Hitlers „alte Kämpfer“ nicht wollen. Warum nicht? Weil die „alten Kämpfer“ nicht selten menschlich und beruflich minderwertige, oft kriminell vorbestrafte Leute sind, darunter auch Subalterne, die niemals richtig arbeiten gelernt haben. Manche freilich trifft keine eigene Schuld, da sie als Opfer des Krieges und der wilden Freiforpsjahre nach dem Krieg jede Lust an einer geregelten Tätigkeit verloren haben.

Nachdenkliche Leute im Unternehmertum, die es doch auch noch gibt, weisen manchmal in vertrauten Gesprächen an marxistischen Arbeitern, deren berufliche Tätigkeit und wirtschaftliche Vernunft sie jetzt richtiger einschätzen als früher, darauf hin, wie doch eigentlich auch die Entwicklung des Führers manche Rehnlichkeit habe mit manchem seiner geschicktesten „alten Kämpfer“. Adolf Hitler habe in seinem wirtschaftlichen Verstande auch nur Durchschnittliches geleistet. Auf der Schule habe er verlagert und sei nur bis zu den unteren Klassen einer Realschule gelangt. Dann habe er alle möglichen Berufe vom Bauhilfsarbeiter über den Kunstfischer bis zum Kunstmaler ergriffen, und in jedem sei er gescheitert, bis der Krieg und die Nachkriegszeit ihn auf die Landstreckbahn und die Landstreckführung und so durch die Organisation von Soldnerjahren bis zur Eroberung eines schwachen Staates gebracht habe.

Wir wollen nicht sagen, daß diese Erkenntnisse schon allgemein sind, aber die Enttäuschung wächst doch sehr, und das Jappeln und Schreien des kleinen Goebbels an dem Grabe in der Hofenheide zeigte uns, daß er die von unten heraufströmende Kälte spürt.

„Kein 25 Juli an der Saar“

Von unserem Korrespondenten

A. Ph. Paris, 3. November

Als die Auseinandersetzungen zwischen der deutschen „Freiheitsfront“ einerseits und der „deutschen Front“ andererseits im Saargebiet begannen, konnte man nicht ohne Verwunderung die Feststellung machen, daß die große französische Öffentlichkeit wenig Interesse für diese Dinge behandete. Nur selten und kurz berichtete hier und da einmal eine französische Zeitung von dem, was sich an der Saar abspielte. Das hat sich in den letzten Wochen wesentlich geändert. Die Leser der „Deutschen Freiheit“ hatten Gelegenheit, an der Hand von Stimmen aus dem französischen Blätterwald festzustellen, wie das Interesse für die Saar hier von Tag zu Tag wächst, und man kann wohl sagen, daß seit einigen Tagen das Saarproblem überhaupt nicht mehr aus der hiesigen Presse verschwindet.

Dabei muß man, wenn man ganz objektiv sein will, eins feststellen: Das Saarstatut sieht für die Abstimmung am 13. Januar als eine der drei von dem Abstimmenden zu wählenden Möglichkeiten auch die vor, das Saargebiet zu Frankreich zu schlagen. Man wird aber vergebens eine französische Zeitung finden, in der für diesen Gedanken Propaganda gemacht wird. Niemand denkt hier daran, die Saar französischen Besitz werden zu lassen. Jeder weiß genau, daß die Saar deutsch ist und deutsch bleiben will. Aber man kann es verstehen, man hält es für selbstverständlich, daß die Saarländer zu einem wesentlichen Teil keine Lust haben, unter das braune Joch zu gehen und der Segnungen des „dritten Reiches“ teilhaftig zu werden.

Frankreich weiß, daß nicht nur Deutschland im Versailles Vertrag Verpflichtungen auferlegt worden sind. Es hat seinerseits seine Verpflichtungen noch anerkannt durch die Zustimmung zu dem am 14. März 1925 und am 18. März 1926 vom Völkerbund angenommenen Entschlüssen, wonach die Saarregierung militärische Hilfe im Notfall außerhalb des Saargebiets anfordern darf. Es wäre übertrieben, zu sagen, daß die Franzosen geradezu begeistert sind von dem Gedanken, ihre Soldaten unter Umständen bei einem Nazihandstreich an der Saar einzusetzen. Aber auf der anderen Seite sind sie sich dessen bewußt, daß es am 13. Januar nicht um die Saar allein geht, sondern um Völkerbund und Völkerrecht, um Treu und Glauben überhaupt. Die französische Presse drückt ihre Genugtuung darüber aus, daß das amtliche deutsche Nachrichtenbüro die Saarländer ermahnt, Disziplin zu bewahren. Wenn diese Disziplin auch im Reiche der Herren Hitler, Göring und Goebbels gewahrt wird, um so besser für alle Beteiligten.

Das ist auch der Gedanke, den Vladimir d'Ormesson im „Figaro“ ausspricht, wenn er sagt, es bleibe also all denen, die an der Saarfrage interessiert seien, die Aufgabe, loyal in einer Atmosphäre von Würde und Ruhe, den Vertrag auszuführen. „Ruhe, ja,“ schließt der bekannte Journalist. „Aber Ruhe mit Festigkeit. Eins ohne das andere geht gar nicht. Die Agitatoren müssen genau wissen, daß wir entschlossen sind, Ordnung und Gerechtigkeit zu verschaffen. Der 25. Juli war eine Lehre für die ganze Welt. Er wird sich an der Saar weder vor noch nach dem 13. Januar wiederholen.“

Der „Temps“ über Frankreichs Maßnahmen

Paris, 3. November.

Der Pariser „Temps“, der als Sprachrohr des Quai d'Orsay gilt, beschäftigt sich in der heutigen Ausgabe in einem Leitartikel mit dem Problem der Aufrechterhaltung der Ordnung an der Saar. Zunächst einmal stellt der „Temps“ fest, daß die militärischen Maßnahmen Frankreichs in der deutschen gleichgeschalteten Presse in völlig verdrehter Weise kommentiert wurden. Das Organ des Quai d'Orsay fügt hinzu, daß es überflüssig sei, auf die böswilligen Kommentare der braven Presse überhaupt einzugehen. Dann schreibt das Blatt:

„Kein Mensch in der Welt kann vernünftigerweise Frankreich verdächtigen, daß es einen Handstreich an der Saar vorbereite, oder daß es etwa den Wunsch hege, angesichts der bevorstehenden Abstimmung einen militärischen Druck auszuüben. Der Saarbevölkerung steht das Recht zu, eine freie Entscheidung zu treffen, ob es zurück zum „dritten Reich“ eine Union mit Frankreich oder die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes wünsche. Die Ergebnisse der Abstimmung vom 13. Januar können, wie sie auch ausfallen mögen, in keiner Weise das Ansehen Frankreichs schmälern. Was aber eine schwere Schädigung des französischen Prestiges und deshalb unzulässig wäre, das ist die Tatsache, wenn die Ergebnisse der Abstimmung mit Mitteln erreicht würden, die in Wirklichkeit eine Fälschung der freien Willensäußerung der saarländischen Bevölkerung

und damit eine Verletzung des Vertrages bedeuten würden. So liegt das eigentliche Problem. Frankreich hat durch seine Vertreter in Genf immer wieder aufs neue bekräftigt, daß es willens sei, die volle Abtätigungsfreiheit am 18. Januar zu sichern. Frankreich hat wiederholt erklärt, daß es jeden Entschluß der Saarländer, wie er auch ausfallen möge, anerkennen w. d. r.

Am Schlusse seiner Ausführungen erklärt der „Tempo“: „Von einer militärischen Intervention Frankreichs, einen Druck auf die Abtätigung auszuüben, kann keine Rede sein. Denn aber im Laufe der nächsten Monate im Saargebiet Unruhen entstehen sollten, die zu unterdrücken die Polizei und die einheimischen Landjäger nicht die Macht haben, und wenn die Regierungskommission von ihrem Recht Gebrauch machen wird, Truppen anzufordern, die außerhalb des Gebietes liegen, um Bevölkerung und Eigentum zu schützen, so wird es die Pflicht Frankreichs sein, diesem Appell Folge zu leisten. Es hängt von den Deutschen selbst ab, daß eine solche Intervention französischer Truppen mit einer absolut klar definierten Mission verbunden wird, und daß die Abtätigung an der Saar unter Bedingungen stattfindet, die die Ruhe sichern und der Würde entspricht, die einem Volkstaat von dieser Bedeutung zukommt.“

Außenpolitische Aktivität

Paris, 3. November.

(Von unserem Korrespondenten)

Der Berliner Korrespondent des „Paris-Midi“ hebt, wie die gesamte französische Presse, hervor, wie groß die Aufregung in den deutschen Zeitungen deshalb ist, weil Frankreich deutlich seinen Willen bekundet hat, die ungehinderte Durchführung der Saarabstimmung zu garantieren. Aber, so meint er, es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß das Reich, während es seine Presse gegen Frankreich mobil macht, auf anderen Gebieten der Außenpolitik sich passiv verhalte. Die deutsche Regierung fährt weiter darin fort, auf dem Balkan ihre „Sondierungen“ vorzunehmen.

Es sei bekannt, daß ein neuer Abgesandter — ein militärischer Sachverständiger — nach Athen geschickt werde, der bei seiner Rückkehr seine Reise in Sofia unterbrechen solle. In Athen soll es sich nur um eine einfache Nachschau handeln. In Sofia solle der Geheimagent mit der bulgarischen Regierung Verhandlungen über ein demnächstiges Abkommen mit dem Reich führen. Der Korrespondent des „Paris-Midi“ will von vertrauenswürdiger Seite erfahren haben, daß die fraglichen Verhandlungen schon recht weit gediehen seien.

Der „Kampf“ gegen Preissteigerung Görings Verzweiflungserlaß

Berlin, 3. November.

Göring hat in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident folgenden Erlaß an die Oberpräsidenten und Polizeipräsidenten gerichtet:

In Verfolg der vom Führer gestern abgehaltenen Besprechung mit den Reichshauptkammerherren ordne ich an:

Die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten haben in Fällen von Preissteigerungen, die nicht offiziell von Staatsstellen genehmigt sind, besonders bei Preissteigerungen auf Lebensmittel, unverzüglich in schärfster Form einzugreifen. Bereits vorkommend sind Versuche solcher Preissteigerungen zu unterbinden. Die Lebensmittelpreise sind laufend zu überwachen. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich nicht dulden werde, daß in irgendeiner Form versucht wird, durch künstlich herbeigeführte Warenknappheit höhere Preise zu erzielen. Nachdem die meisten Lebensmittelpreise geregelt sind, besteht auch für den Handel keinerlei Anlaß, irgendein Mißtrauen einzuführen, um dadurch zu höheren Preisen zu gelangen. In einer Zeit, da alle Opfer bringen sollen und gerade die wertvollste Bevölkerung ihre Opferwilligkeit für den Wiederaufbau des Vaterlandes bewiesen hat, ist es ein Verbrechen, wenn von einzelnen Seiten versucht wird, den privatrechtlichen Gewinn über das allgemeine Volkswohl zu stellen. Die Strafe hierfür kann gar nicht scharf genug bemessen sein. Ich hoffe und erwarte, daß bei scharfster Beobachtung der Preisentwicklung und der Versorgungslage seitens der Behörden keine irgendwie geartete Hebelwirkung vorkommen kann. Sollte sich trotzdem irgendwo eine Verletzung bemerkbar machen, so ist mir persönlich darüber umgehend telegraphisch zu berichten, damit ich in der Lage bin, selbst einzuschreiten. Es geht nicht um den Profit einzelner, sondern um das Wohl aller, insbesondere um das Wohl der schwer arbeitenden und nicht begüterten Volksgenossen.

Während die RZM „Material“ über die Preissteigerung „sammelt“, verurteilt Göring die unerträgliche Steigerung der Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel durch staatliche Eingriffe anzuhalten. Diese Maßnahmen werden wenig helfen, da damit der eigentliche Grund der Preissteigerungen, die Mangel- und Preisbewirtschaftungspolitik, nicht beseitigt wird. Und wenn Göring, der Freund Thubens, gegen den „privatrechtlichen Profit“ wertet, so kann man darüber nur lachen. Warum lagern denn die Nationalsozialisten den Staat, diesen typischen Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft, nicht davon und bekämpfen ernstlich den Kapitalismus? „Material“ für „Nationalismus“ lediglich ein Verlog.

Zuchthaus!

Berlin, 3. Nov. Vor dem Volksgerichtshof in Berlin hatte sich der frühere sächsische Landtagsabgeordnete der SPD, Kurt Sindermann wegen einer fortgesetzten Reihe hochverräterischer Handlungen in Wort und Schrift zu verantworten, die bis in das Jahr 1929 zurückreichen. Sindermann, der damals Bezirksleiter in Chemnitz war, hatte in einer kommunistischen Versammlung in Dresden „Vergeltungsarbeit“ unter der Polizei versucht durch die Aufzehrung, sich recht bald auf die Seite der Kommunisten zu schlagen, da es sonst zu spät sein könnte. Nach der Reichstagswahl vom 3. März 1933 wurde er nach Dresden berufen. Hier nahm er im April an einer geheimen Sitzung der Sekretäre der Bezirksleitung teil, in der er den Auftrag erhielt, die örtlichen Bezirke der RPD wieder aufzubauen. Das Gericht erkannte entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts auf die zulässige Höchststrafe von drei Jahren Zuchthaus.

Vor dem Schöffengericht Braunschweig hatte sich ein Angeklagter aus Zimmerlab zu verantworten, weil er in einem Gespräch des Vorles abfällige Äußerungen über die Reichsregierung und den Führer und Reichsminister getan hatte. Der Grund seiner Äußerungen war, daß er sich über seine Pflichtabgaben an den Reichsnährstand geäußert hatte. Er wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

„Militärischer Spaziergang nicht geduldet“

Lümmeleien gegen Knox

Berlin, 3. November.

Die Presse feht ihren Lärm gegen den Präsidenten der Regierungskommission an der Saar und gegen Frankreich fort. Die „Berliner Börsen-Zeitung“ leistet sich folgende Dummheit gegen Herrn Knox:

Man fragt sich vergebens, wie Herr Knox dazu gekommen ist, in so ungeheurer Weise sein Amt als Freuhänder zu verleben und als Amtswalter der kraftlossten französischen Interventionspolitik mitzuwirken. Es heißt, er lebe in einem ständigen Angstzustand wegen der Drohbriefe, die er bekommt. Herr Knox mag selbst das Gefühl haben, die Rolle eines Frontvogts zu spielen, aber er müßte genau wissen, daß auf Seiten der Deutschen Front niemand so wahnsinnig sein wird, durch ein Verbrechen seine Heimat in ein entsetzliches Unglück zu stürzen. Drohbriefe sind vor allen Dingen leicht geschrieben von solchen Kreisen, die ein Interesse daran haben, auf die ihnen bekannte Psyche des Herrn Knox einzuwirken. Das alles paßt wunderbar in die Arbeit des Warlen-Komitees und der übrigen Abtätigungs-Sabotage-Fabriken im Saargebiet. Wir können uns auch schon selbst denken, wie Herr Knox in seiner bekannten Jetztländer-Manier den Augenblick abwaschen wird, um im richtigen psychologischen Moment wieder mit derartigen, ihm gelegenen Beschwerden an die Genfer Weltöffentlichkeit zu treten.

„Wien, du Stadt meiner Träume...“

Herrn von Papens Kunststücke und Winkelzüge, um den Nationalsozialismus in Wien einzuschmuggeln

Wladimir d'Ormesson veröffentlicht im „Figaro“ einen Artikel über die Art, wie Herr von Papen, der außerordentliche Gesandte Hitlers in Wien, dort sein Intrigenstück ausspannt. D'Ormesson gibt seinem Artikel, den wir hier im vollen Wortlaut folgen lassen, die Überschrift: „Herrn von Papens Kunststücke und Winkelzüge, um den Nationalsozialismus in Wien an die Macht zu bringen“.

(Von unserem Korrespondenten)

A. Ph. Paris, 2. November.

Drei Monate sind seit der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfus vergangen, das ist recht lange im derzeitigen Lebensrhythmus. Auch das deutsche Intrigenstück, das in Oesterreich am Tage nach dem verabschiedungswürdigen internationalen Verbrechen vom 25. Juli aufhörte, kündigt schon wieder an, sich bemerkbar zu machen. In Erwartung neuer Morbstaten, die stets möglich sind, sucht man auf anderen Gebieten geschickt und listig zu Werke zu gehen. Die Zusammenkunft, die österreichische Großdeutsche mit dem Kanzler Schulzinger und dem Vizekanzler Fürsten Starheimberger hatten, ist einer von vielen Anlässen. Der Zweck bleibt immer der gleiche: in Wien eine angeblich österreichische Regierung einzusetzen (um den internationalen Schein zu wahren), die aber tatsächlich aus Handlangern des „Dritten Reiches“ bestehen soll. Nur die Taktik hat sich geändert. Da man mit Ueberfall und Gewalt Pech gehabt hat, versucht man die Machtübernahme zu beschleunigen, sie vor der öffentlichen Meinung Oesterreichs und Europas in Mitleid zu bringen. Kurz, es handelt sich im wesentlichen darum, Kämpfer in Oesterreich heranzubilden und zu unterhalten. In unruhigem Wasser regnet Berlin mit einem reichlichen Nahrung.

Wir glauben zu wissen, daß der wahre deutsche Feldzugsplan nicht der ist, der bei dem Schritt der nationalen und großdeutschen Vertreter skizziert wurde. Den Informationen zufolge, die wir besitzen, ist das Manöver, dessen Ausführung der Geschäftlichkeit des Herrn von Papen anvertraut wurde, auf andere Art heimlich und hinterlistig. Man urteile nur!

Die gegenwärtigen Mitglieder der Regierung Schulzinger sind einzeln betrachtet alles in allem einer Wiederherstellung der Monarchie recht geneigt. Aber sie sind Staatsmänner. Sie wissen, daß die Wiederherstellung der Habsburger unentwerrbare und gefährliche äußere Schwierigkeiten hervorrufen wird, und daß Oesterreich, dem es schon so schlecht geht, sich nicht den Luxus eines solchen Abenteuers leisten kann.

In Wirklichkeit ist das Problem Habsburg keine österreichische oder ungarische Frage. Es ist eine europäische Frage infolge des besonderen Charakters, der diese Dynastie auszeichnete, die nicht mit einem einzigen Land verbunden war, sondern mit einem heute zerstörten Mosaik von Ländern. So sehr, daß selbst die Mitglieder des Kabinetts Schulzinger, während sie im Innern ihres Herzens dem monarchistischen Gedanken trenn bleiben, nichts tun werden, um ihn aus einem theoretischen Bedauern zu einer Realität werden zu lassen. Aber neben ihnen steht es in den nationalistischen und unverantwortlichen Kreisen nicht an österreichischen Legitimisten, die mehr als je den Wunsch

Der geschändete Friedhof

Der „Taunusbote“ (Nr. 254 vom 30. Oktober) berichtet: „Wie bereits allgemein bekannt sein dürfte, haben unbekannt Täter in einer der letztvergangenen Nächte den Friedhof der israelitischen Kultusgemeinde Bad Homburg in geradezu barbarischer Weise heimgejagt. Zahlreiche Grabsteine wurden umgeworfen und z. T. schwer beschädigt, so daß der Friedhof einen traurigen Anblick bietet. Wehern wollte die Staatsanwaltschaft bereits an Ort und Stelle und hat den Tatbestand aufgenommen.“

Der „Taunusbote“ schreibt dazu: „Die Homburger Bevölkerung wird über diese rohe und infame Tat der Friedhofschänder nur einer Meinung sein. Man sollte es nicht für möglich halten, daß Deutsche sich zu so außergewöhnlich häßlichem Tun hinreißen lassen und damit nicht nur den Friedhof schänden, sondern auch die Ehre ihres Volkes in den Augen jedes guten Deutschen, jedes ausländischen Menschen und der Welt beflecken. Das nationalsozialistische deutsche Volk hat mit den Kumpeu, die hier ihr Werk verrichteten, nichts gemein und besonders alle Homburger wenden sich mit Abscheu von ihrem üblen Tun. Sollte es immer noch Deutsche geben, die nicht wissen, wie sehr sich großhändlerisches Handeln nicht nur ihnen die eigene Ehre nimmt, sondern auch erst recht dem deutschen Volk und seiner guten Sache schadet und unieren Wehrern Material zu veräußert Hebe in die Hand gibt? Wir hoffen, daß es gelingt, die Täter bald zu fassen und der verdienten Strafe zuzuführen, die gar nicht streng genug sein kann. Diese Tat, die einen

Herr Knox! Weder das Prestige dieses oder jenes Landes, noch der Ruf des Völkerbundes können weiterhin verlangen, daß dieser Mann, der, aus welchen Gründen auch immer, seinen Posten zum Wohl des anvertrauten Landes und des Weltfriedens nicht auszufüllen vermag, auf seinem Posten verbleibt, um weiter mit Streichhölzern am Pulverfaß zu spielen, sondern im Gegenteil, daß er ihn sobald wie möglich einem Fähigeren, Besonderen überläßt.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wirft der französischen Regierung Panismus vor und sagt, daß die Abtätigung im Saargebiet unter dem Gewehrschlag motorisierter Truppen durchgeführt (oder verhindert) werden solle. Sie verweist auf die Königsberger Rede des Reichsministers Rudolf Heß, in der u. a. gesagt wurde, daß das neue Deutschland einen Spaziergang fremder Truppen in deutsches Land nicht dulden werde.

Das „Berliner Tageblatt“ behauptet, der Vorsitzende der Regierungskommission des Saargebietes sei partiell und immer mehr geneigt, gewalttätige Lösungen herbeizuführen, weil er der normalen Erledigung seines Auftrages nicht gewachsen ist. Man scheine sich in Paris und auch in anderen europäischen Hauptstädten der ganzen Schwere einer Situation bewußt zu sein, die durch die über dem Saargebiet hängende Einmarschdrohung geschaffen werde. Schon die französische Einmarschdrohung müsse als gewollte Störung des allgemeinen Friedens angesehen werden.

behen, ihren Traum Wirklichkeit werden zu lassen. Doch da wir in einer Zeit leben, wo dem Erfolg winkt, der sich der Gewalt bemächtigt, und wo alles auf eine Frage des Bollens hinauszuweisen scheint, meinen diese Legitimisten, daß für sie der Augenblick gekommen sei, um zu handeln, und zwar plötzlich zu handeln, um Europa vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

In der Hauptsache wird man sagen, würde eine solche Bewegung den Interessen Deutschlands entgegengekehrt sein, und Berlin müßte alles tun, um sich dem zu widersetzen. Vom Standpunkt der Politik ist das richtig. In der Praxis hat man unrecht. Denn Hitlers Spiel ist voller Hinterlist.

Nach den Mitteilungen, die wir besitzen, soll Herr von Papen tatsächlich dahin Anweisung erhalten haben, unter der Hand und hinter dem Rücken der österreichischen Legitimisten zu ermitteln.

Warum? Weil Deutschland sehr gut weiß, daß, wenn morgen eine revolutionäre monarchistische Bewegung in Oesterreich zum Ausbruch käme und der Erzherzog Otto zum Beispiel in Kärnten zum König ausgerufen würde, die kleine Entente und vor allem Jugoslawien sofort, und zwar in der entschiedensten Form, darauf reagieren würde. Aber das will Deutschland ja gerade. Keineswegs so sehr, um einen Konflikt zwischen Italien und Jugoslawien zu entfachen (würden die Italiener nicht den Brenner überschreiten, wenn die Jugoslawen in Kärnten einrückten?), als um in Wien und Oesterreich unmittelbar ein unüberwindliches Turmgeinader zu schaffen. Man erwartet, daß die Regierung Schulzinger dann in eine unhaltbare Situation kommen würde. Man rechnet mit ihrer überdrückten Haltung, ihrer Schwäche gegenüber legitimistischen Elementen. Man sieht einen starken äußeren Druck voraus.

Mit Hilfe dieser fürchtbaren österreichisch-europäischen Verwirrung wäre es dann ein Kinderspiel, eine Regierungskrise in Wien hervorzurufen und eine Anzahl von entschlossenen Großdeutschen an die Macht zu bringen, die sich den Habsburgern entgegenstellen würden — und damit folgerichtig peinlichste Rücksicht auf die europäische Politik und die Interessen der kleinen Entente nehmen würden — aber tatsächlich nichts anderes wären, als nur eine Mannschaft, die von Berlin an der Leine wäre, um Hitlers Spiel zu spielen — und dem Nationalsozialismus das Bett zu machen. So sollen die braven österreichischen Legitimisten die Kaskaden aus dem Feuer holen. Aber Hitler möchte sie verzehren.

Und er würde sie um so ruhiger verzehren, als er sich die kleine Entente gewonnen hätte — er würde es für ja als Verdienst zurechnen lassen, sie von dem habsburgischen Geiseln befreit zu haben — und so die Front der Anstaltskammer gebrochen hätte.

Das ist, glauben wir, der Plan der Wilhelmstraße. Es ist sogar nicht unmöglich, daß der Schritt, den man jetzt gemacht hat, den ersten Akt dieser Komödie darstellt. Man sieht, was die Großdeutschen vor, um die Legitimisten in Aufregung zu versetzen und sie zur Beschleunigung ihrer Pläne zu treiben.

Man wird also recht gut daran tun, alles das, was in Wien angeht, mit offenen Augen zu betrachten. Die österreichischen Nationalisten aber, die sich nicht ahnen, daß sie so ausgebeutet werden, sollten sich hergeben werden, mögen gewarnt sein über die Rolle, die man sie spielen lassen möchte.

Vertraut am deutschen Volk bedient, verlangt härteste Sühne!“

Das sind selten mannhafte Worte. Wir werden freilich nicht ganz den Verdacht los, daß hier nicht nur die Stimme der Menschlichkeit, sondern auch das Interesse der Kurverwaltung des Bades Homburg die Feder geführt hat. Sie mögen keine Juden leiden, aber als zahlende Badegäste in Kurorten hat man sie gern, und die Bundesregierung sollte viele vom Besuche Homburgs abstrafen.

Schleifereiheit

Bln, 3. Nov. Vor dem Blnner Schöffengericht stand ein SA-Führer, der eines Abends in einer Parkanlage ein Liebespaar angetroffen hatte, das sich unvorsichtsmäßig verhielt. Der Sturmführer stellte dem Liebespaar zur Rede und erhielt zur Antwort, das ganze ihn gar nichts an, denn er sei SA-Mann. Worauf der Sturmführer in Wut sich als Vorleser legitimierte. Es kam zu einer Auseinandersetzung, die damit endete, daß der Sturmführer auf seinen Kameraden zwei Schüsse abgab, von denen einer in die Brust traf. Vor dem Schöffengericht wurde der Sturmführer freigesprochen.

Das Gericht erklärte zwar, daß der Sturmführer „nach der SA-Dienstvorschrift nicht berechtigt gewesen ist, von der Waffe Gebrauch zu machen“, doch habe er „erlaubt, im Recht zu sein“. Mit diesem „Recht“ des SA-Mann werden also in Zukunft persönliche Differenzen zwischen SA-Führern und SA-Männern allgemein beglichen werden können.

Wir Pirro von Gottes Gnaden . . .

„Als Führer der Deutschen Front bin ich vor Gott und dem deutschen Volke verpflichtet . . .“ So wendet sich der Landesleiter Gefündel-Pirro an die saarländische Nation. „An Mein Volk!“

Der Aufruf soll dartun, daß im Saargebiet alles in friedlichster Ordnung wäre und Herr Knox sich nicht entfernt mit der Möglichkeit der Heranziehung französischer Truppen beschäftigen müßte, wenn die Regierungskommission endlich ihre Pflicht erfüllte. Sie läßt nämlich nach Herrn Pirro die schauerlichsten Schandthaten der — Emigranten zu, die sogar zum „Vandenberg“ ausgebildet werden. Diesen bösen Emigranten will Pirro das Handwerk legen. Die Regierungskommission soll ihnen sogar verbieten, an saarländischen Zeitungen mitzuarbeiten. Immerhin ist Pirro noch großzügig genug, nicht das Verbot der deutschen Sprache für ihn nicht genehme deutsche Volksgenossen auf deutschem Boden im deutschen Volke zu fordern.

Der Schrecken über die französische militärische Geheiß ist sowohl dem Landesleiter Pirro wie dem Saarkommissar Bärkel mächtig in die Glieder gefahren.

Pirro ordnet an:

1. Mitglieder der Deutschen Front, die meinem Gebot zuwiderhandeln und keine Disziplin wahren, sind nicht nur aus der Deutschen Front sofort auszuschließen, sondern auch gegebenenfalls der Staatsanwaltschaft anzuvergeben.

2. Wer durch eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft nachweist, die Verurteilung eines Terroristen, der sich in die Reihen der Deutschen Front eingeschlichen hat, erzielt,

erhält von der Deutschen Front eine Belohnung von 1000 Franken.

Bärkel befiehlt:

1. Vom 10. Januar bis 10. Februar 1935 ist innerhalb einer Zone von 40 Kilometer längs des Saargebietes das Tragen jeder Uniform verboten.

2. Appelle, Aufmärsche oder Zusammenkünfte jeglicher Art fallen unter das gleiche Verbot.

Was ist von solchen Betuerungen zu halten? Nichts! Den Beweis liefern die Aufrufe selbst, so wenn Herr Bärkel läßt:

„Wir erklären feierlich, daß wir niemals Putschabsichten gehabt haben.“

Der berühmte Brief des Staatsrats und Reichsbeauftragten Spaniol beweist das Gegenteil.

„Für Terroristen ist in unseren Reihen kein Raum.“

Terroristen sitzen, von dem „Führer“ berufen, in hohen Staatsstellungen, und er selbst legt in seinem Buche „Mein Kampf“ begeisterte Bekenntnisse zum Terrorismus ab. Reiheweise sind Terroristen, auch Mörder, durch die nationalsozialistische Regierung amnestiert und rehabilitiert worden. Die reichsdeutschen Nazis sind durch den Terror zur Macht gekommen und behaupten sich nun durch Terror.

Die NSDAP, die die „deutsche Front“ beherrscht, ist die Partei des Terrors auf allen Gebieten. Es wäre sträflicher Leichtsin, ihr irgend eine Friedensbetuenerung zu glauben. Immerhin beweisen die beiden angsterfüllten Aufrufe, daß auf Terroristen nur eine kraftvolle Autorität Eindruck macht.

Hitlerismus gegen Katholizismus

Unversöhnliche Gegensätze

Die Folge der Verletzung der vernunft-willenshaften Massenethik ist ein „weltanschauliches“ intellektualistisch-zwischenhaftes Gebilde, oder die Aufspaltung in wesentlichen Individualismus und triebhaftes Bastardtum. Den ersten Fall liefert uns die katholische Kirche (in abgewandelter Weise auch der Protestantismus), welche einen Zauber glauben (wobei dies Wort ohne jede Verächtlichmachung zu gebrauchen ist) intellektuell unter- und übermanert, den zweiten zeigt uns die Zeit des späten Hellenismus, das negative und das positive Christentum haben von je im Kampfe und ringen noch erbitterter als früher gerade in unseren Tagen. Das negative ruft auf seine jüdisch-erzuchtliche Heberlieferung, auf abstrakte Dogmen und allgeheilte Gebräuche, das positive ruft erneut die Kräfte des nordischen Blutes wach, bewußt, so wie einst naive die ersten Germanen, als sie in Italien einbrangen und dem siechen Lande neues Leben schenkten.

Alfred Rosenberg, der vom Führer und Reichskanzler mit der weltanschaulichen Erziehung der Nation beauftragte Theoretiker des Nationalsozialismus in seinem Buche „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, 13.—16. Auflage, Seite 79.

Das Buch ist von der nationalsozialistischen Regierung allen Lehrerbibliotheken als geeignet empfohlen und in vielen Fällen auch katholischen Buchereien zwangsweise eingegliedert worden.

Der Saar- und der Ruhrkumpel

Wem gehts besser?

Das Internationale Komitee der Bergarbeiter hat eine Untersuchung über die Reallohn in den einzelnen Kohlenrevieren angestellt. Dabei wurde der größte Wert darauf gelegt, festzustellen, welche Mengen der wichtigsten Lebensmittel sich der Bergarbeiter für seinen Lohn kaufen kann.

Interessant sind da die Vergleiche zwischen dem Ruhrgebiet und der Saar. Aus Grund von amtlichen Preisnotierungen einzelner Bergarbeiterhäute beider Reviere, Befragung von Bergarbeitern selbst und Feststellung in den Geschäften wurden folgende Durchschnittspreise für die wichtigsten Lebensmittel festgestellt:

	an der Ruhr	an der Saar
Butter	1 kg. 3,40 Mk.	1 kg. 18,— Fr.
Schweinefett	2,40 Mk.	7,80 Fr.
Fett (gewöhnlich)	1,80 Mk.	6,— Fr.
Schweinefleisch	2,10 Mk.	10,— Fr.
Rindfleisch	1,80 Mk.	7,20 Fr.
Linien	0,80 Mk.	2,80 Fr.
Erbsen	0,75 Mk.	3,00 Fr.
Bohnen (weiße)	0,80 Mk.	2,80 Fr.
Kartoffeln 10 kg.	1,70 Mk.	0,56 Fr.

Wegen der großen Lohnunterschiede in den einzelnen Arbeitergruppen wurde zur Errechnung der Kaufkraft der in beiden Revieren festgelegte Tariflohn der Hauer zugrunde

gelegt. Er beträgt: Im Ruhrgebiet pro Schicht 7,70 Mark, an der Saar 4,70 Fr. Daraus ergibt sich folgendes: Der Bergarbeiter kann für diesen Schichtlohn kaufen:

	im Ruhr-	an der	im Saargeb.
	gebiet	Saar	also mehr
Butter	2,264 kg.	2,482 kg.	0,218
Schweinefett	3,208 kg.	5,720 kg.	2,512
Fett (gewöhnlich)	4,277 kg.	7,450 kg.	3,227
Schweinefleisch	3,600 kg.	4,470 kg.	0,804
Rindfleisch	4,277 kg.	6,200 kg.	1,981
Linien	9,622 kg.	15,900 kg.	6,281
Erbsen	10,266 kg.	12,250 kg.	1,984
Bohnen (weiße)	9,622 kg.	15,900 kg.	6,281
Kartoffeln	46,200 kg.	70,820 kg.	24,520

Die hier angeführten Lebensmittel, vor allem Kartoffeln, gewöhnliches Fett und Hülsenfrüchte, sind für den Bergmann die wichtigsten Lebensbedarfsartikel, von denen er sich im Saargebiet fast das Doppelte für seinen Lohn kaufen kann als an der Ruhr.

Saarländischer Kumpel! Status quo wird Dich und Deine Angehörigen nicht nur von Gestapo, Konzentrationslagern, Erschießungen, Arbeitsdienst und anderen Annehmlichkeiten des Hitler-Paradieses bewahren, sondern auch verhindern, daß ihr Lebensstandard sinkt.

Aus diesen Erklärungen des Oberbürgermeisters von Offen geht eindeutig hervor, daß der Ruhrkohlenbergbau mit härtesten Abwehrkämpfen zu kämpfen hat, was ja u. a. auch ohne weiteres aus den hohen Halbesbänden, die eine Höhe von etwa rund 11 Millionen Tonnen erreicht haben, hervorgeht. Wie soll unter diesen Umständen für die Saarkohle zusätzlich ein Absatzgebiet geschaffen werden? Dieses Rätsel ist ganz einfach zu lösen: es ist eben ein Wahlwindel des Herrn Goebbels. Wehe den Saarkumpeln, wenn sie auf die Vorkäufe der Goebbels und Konsorten hereinkommen. Not, Elend und Arbeitslosigkeit würden dann im Saargebiet einziehen.

Streicher hetzt gegen die Saar-Juden

Kärnberg, 3. Nov. (ZfA.) Das Oktober-Heft (Nr. 43) des „Stürmer“ bringt unter dem Titel „Saargebiet und Juden“ die Aufschrift eines „F. J., Saarbrücken“, die mit den Worten schließt: „... Für uns Saarländer sind die Juden zu einer Plage geworden. Um so schärfer wünschen wir die Einverleibung mit dem Reich, damit wir endlich von dem Joch der Juden und der Fremdherrschaft befreit werden. Heil Hitler!“

In der gleichen Nummer des „Stürmer“ wird berichtet: „In Saarbrücken haben sich jüdische Emigranten in einem Schichtklub zusammengefunden. Die Schreien bestehen aus Bildern nationalsozialistischer Führer. Es wird geschrien auf Hitler, Göring, auf Goebbels, Fried, Geh usw. Daß die aus Deutschland davongelaufenen Juden solche machen, kann nicht überraschen. Würden sie die Möglichkeit haben, anstatt auf ihre Bildnisse die Führerköpfe in natura zu schießen, dann würden sie es tun. Sie sind eben Juden und tun, was ihnen der Fal-mud zu tun gebietet.“

Aber gleichzeitig verlangt das Gefündel um Streicher, daß die Saarljuden für Hitler stimmen.

Nationalität

Volkstum und Sprache sind das Jugendland. Darin die Völker wachsen und gedeihen. Das Mutterhaus, nach dem sie sehneud schreien Wenn sie verschlagen sind auf fremden Strand.

Doch manchmal werden sie zum Gängelband, Sogar zur Kette um den Hals der Freien; Dann treiben Vänglermaschene Spielereien, Wenart von der Tyrannen schlauer Hand.

Dier trenne sich der lang vereinte Strom! Berstend schwinde der im alten Staube, Der andre breche sich ein neues Bette!

Denn einen Pontifex nur laßt der Dom, Das ist die Freiheit, der politische Glaube, Der löst und bindet jede Seelenkette.

Gottfried Keller.

An die Katholiken!

Aufruf einer englischen Glaubensgenossin

Mrs Whately, London, Kandidatin des Parlaments der Labour Party, Ehrensekretärin der 6-Punkt-Gruppe Englands, unter deren Vizepräsidentinnen sich Lady Astor, Gräfin Rhonda und andere befinden, ist von einer Delegationsreise nach Deutschland loeben zurückgekehrt. Auf Initiative des Weltfriedenskomitees für die Opfer des Hitlerfaschismus hielt sich Mrs Whately auf dem Rückwege kurze Zeit im Saargebiet auf und nahm Gelegenheit, den Pressevertretern der Saarbrücker Zeitungen ihre Eindrücke in Deutschland wiederzugeben.

Nachdem Mrs Whately mit einer Anzahl christlicher Frauen und Männer im Saargebiet Näherung genommen und sich eingehend über die Abstimmungsfrage informiert hat, richtet sie folgenden Appell an die Saarbewohner:

„Frauen und Männer des Saargebietes!“

Als Mitglied einer Delegation habe ich Deutschland besucht, um dort eine Untersuchung der Lage der als Geiseln gefangenen Frauen vorzunehmen. Die deutschen Behörden haben sich geweigert, uns eine Unterredung mit diesen Frauen zu gestatten.

Ich habe in diesen Tagen mit den breitesten Bevölkerungsschichten, besonders mit den Katholiken, Näherung genommen und den außerordentlichen Trud empfunden, den das Hitlerregime verursacht. Katholische Männer und Frauen haben uns ihre Not geklagt und ihre Empörung über die Verfolgungen der katholischen Welt in Deutschland Ausdruck gegeben.

Aus diesem Grunde appelliere ich als englische Katholikin an Sie und ermahne Sie, die große Gefahr für Ihre Freiheit zu begreifen, die Sie bedroht, wenn Sie für Deutschland stimmen.

Stimmen Sie für den Status quo und erlauben Sie den Völkern, Ihnen Gelegenheit zu einer zweiten Abstimmung zu geben, wenn Deutschland eine freie Nation geworden ist.“

Mrs. Monica Whately.

Weitere ausländische Polizeioffiziere

Saarbrücken, 2. Nov. Wir berichteten, daß drei Polizeioffiziere eingestellt werden, von denen zwei englischer und einer norwegischer Nationalität ist. Hierzu erfahren wir noch, daß vermutlich zwei weitere Ausländer dem Polizeidienst zugeleitet werden und zwar wird es sich um zwei Norweger handeln. Auch diese neuen Beamten werden in der zentralen Leitung des saarländischen Polizeiwesens arbeiten, die Herr Ministerialrat A. Demoly untersteht.

Saarkumpels, herhören!

Trübe Aussichten für die Ruhrkohle

Offen, 3. November.

Goebbels und die Führer der braunen Front an der Saar sind nicht müde zu erklären, daß das „dritte Reich“ dem Saarbergbau den Kohlenabfah sichern und darüber hinaus sogar die Kohlenförderung ausbauen werde. Es wäre wirklich zwecklos, auf diese lausiblen Lügen einzugehen, wenn sich nicht immer Dummköpfe finden, die den braunen Maulhelden Glauben schenken. Jeder vernünftige Mensch weiß, daß die Rückgliederung gerade dem Saarbergbau einen schweren Schlag verfehen wird, da für die 4 Millionen Tonnen, die das Saargebiet jährlich nach Frankreich liefert, im Falle eines Sieges der Hakenkreuzler kein neuer Absatzmarkt zu finden sein wird. Goebbels und die von ihm gefaßte Presse erklären darauf, daß das „große Deutschland“ immer noch Raum für den Kohlenabfah des kleinen Saargebietes haben werde. Sie hätten sich dabei, konkrete Angaben zu machen, sondern beschränken sich auf dieses leere Gerede.

Wie aber in Wirklichkeit die Dinge liegen, darüber werden alle vernünftigen Menschen von der längsten sogenannten „Katasterrenkung“ der Stadt Offen, die vorgeföhrt hat, belehrt. Die Katasterrennen haben sich darüber unterhalten, ob sie die Bürgersteuer auf 700 Prozent erhöhen sollen oder nicht. Während der Diskussion wies der Oberbürgermeister auf gewisse Steuerausfälle hin und erklärte dabei folgendes:

Die Beschäftigungszahl in der Eisenindustrie steigt zwar ständig (gute Zeiten für die Rüstungsindustrie), aber bedauerlicherweise ist im Steinkohlenbergbau nicht eine gleich starke Zunahme der Beschäftigten zu verzeichnen. Der Steinkohlenbergbau, so führte der Oberbürgermeister weiter aus, auf den die Stadt Offen wirtschaftlich sich in starkem Maße stützt, steht heute und wahrscheinlich noch mehr in der Zukunft dem starken Wettbewerb der Braunkohle und der weißen Kohle (Wasserkraft) gegenüber.

Hitler-Wirtschaft

Der „Westdeutsche Beobachter“ veröffentlicht unter der Ueberschrift „Strauchdiebe der Wirtschaft“ folgenden Aufruf, der ein grelles Licht auf die Wirtschaftsverhältnisse im „dritten Reich“ wirft:

In immer stärker werdendem Maße kommt uns zu Ohren, daß in nahezu allen Branchen gewissenlose Elemente der Geschäftswelt durch irreführende Verbreitung von Nachrichten von zunehmender Verknappung von Rohstoffen und kommender Preissteigerung für ihr Geschäft eine verstärkte Konjunktur erzielen wollen, einestseits, und andererseits auch aus politischen Gründen eine Beunruhigung in die Bevölkerung hineinzutragen versuchen, indem sie diese unbegründeten Mitteilungen verbreiten.

Es sei darum an dieser Stelle besonders darauf hingewiesen, daß leider viele Volksgenossen sich durch derartige Gerüchte beeinflussen lassen und alle möglichen Dinge über ihren Bedarf hinaus einkaufen.

Daß auf diese Weise unnötig Gelder festgelegt und der Wirtschaft entzogen werden, braucht ja nicht besonders betont zu werden, denn derartige Vorratskäufe verkürzen nur in der Zukunft den normalen Konsum und verursachen damit rückläufige Nachfrage.

Dem Verhalten dieser Strauchdiebe der Wirtschaft und der politischen Wühlmäuse kann also am besten begegnet werden, wenn die Hausfrauen sich nicht beschwägen lassen und sich zu Einkäufen hinstellen lassen, die sie nachher bitter bereuen.

Wir machen daher besonders darauf aufmerksam, daß wir gemeinschaftlich mit der Polizeibehörde gegen derartige „Geschäftsleute“, die sich auf Kosten der übrigen Volksgenossen mästen wollen, mit Schließung der Läden und Verhängung von exemplarischen Strafen vorgehen werden.

Wir bitten daher alle Volksgenossen, unser Bestreben durch Namhaftmachung der Geschäftsleute, die so verfahren, zu unterstützen.

Köthe,

Kreisamtsleiter der NS-Hago.

Goebel,

Abteilungsleiter „Propaganda“
in der Kreisamtsleitung der NS-Hago.

Lohn für 2,5 Millionen Arbeiter

„gespart“

Nach Angaben des Statistischen Reichsamts betrug das deutsche Arbeitseinkommen im Jahre 1933 25,9 Milliarden Reichsmark gegenüber 25,7 Milliarden RM. im Jahre 1932. Da im Jahre 1933 mindestens zweieinhalb Millionen Erwerbslose gefunden haben sollen und das gesamte Arbeitseinkommen — nach amtlichen Ziffern — um kaum ein Prozent gestiegen ist, so ist die Publikation als Eingeständnis dafür zu werten, in welchem ungeheuren Umfang das Lohnniveau bereits im ersten Jahr der Hitlerherrschaft gesenkt worden ist. Die Kaufkraft der deutschen Arbeiter ist um fast den vollen Betrag, den früher zweieinhalb Millionen als Arbeitslosenunterstützung bezogen, zuzüglich der erheblichen Summe für erhöhte Lohnabzüge und Zwangsspenden, gefallen.

Mieter in Not

Wie auf allen Gebieten, so haben die Nazis auch im Wohnungswesen nichts von ihren Versprechungen eingelöst. Die „Deutsche Mieter-Zeitung“ vom 1. Oktober 1934 bringt einen großen Artikel über „Notstände im Wohnungswesen“, der ein einziges Klagebild über die unhaltbare Lage der Mieter ist. Darin heißt es über das Kündigungsrecht der Hausbesitzer:

„Von diesem erweiterten Kündigungsrecht wird in zunehmendem Umfange willkürlich und ohne soziale Rücksicht auf die Mieter Gebrauch gemacht. Daran hat auch bisher die nationale Erhebung nichts zu ändern vermocht.“

Mit dieser unsozialen Handhabung des Kündigungsrechtes sollen die Mietengesteigert werden, wie die folgende Äußerung beweist:

„Eine besondere Verschärfung der Notlage bedingen die ebenfalls aus allen Reichsgebieten gemeldeten Mietzinssteigerungen für die stark begehrten Kleinwohnungen und bisher noch preiswerten Mittelwohnungen. Ist der Mieter aus irgendeinem Grunde zum Wohnungswechsel gezwungen, so bedeutet das für ihn in der Regel nicht nur eine Belastung mit den Umzugskosten, sondern gleichzeitig auch eine neue, oft genug mit seinem Einkommen in schwerem Mißverhältnis stehende, dauernde Mehrbelastung durch den höheren Mietzins für die neue Wohnung. Denn nur in Ausnahmefällen sind die Hausbesitzer heute noch bereit, freierwerbende Wohnungen für gesetzliche Mietzins weiter zu vermieten. Mietzinsforderungen bis zur doppelten Friedensmiete, zumal bei bisher noch verhältnismäßig billigen Wohnungen, sind keineswegs selten.“

Besonders bemerkenswert sind die Klagen über die Verhältnisse für kinderreiche Familien:

„Ungewöhnlichen Nöten sind sie ausgesetzt, wenn sie sich auf Wohnungssuche begeben müssen. Trotz aller Aufrufe und ersten Mahnungen der Führerschaft der Hausbesitzerverbände hat die Kinderfeindlichkeit weiter Kreise der Hausbesitzer-Gefolgschaft nicht beseitigt werden können. Nur in seltenen Ausnahmefällen zeigt man sich völkischen Ermahnungen und moralischen Einwirkungen zugänglich. Ein Zwang zur Aufnahme einer Familie kann seit dem Wegfall des Wohnungsmangelgesetzes (31. März 1933) auf keinen Vermieter mehr ausgeübt werden. Ge-

Schachts Kapitulation vor England

D'e meisten englischen Forderungen anerkannt

Wir haben in unserer gestrigen Ausgabe bereits über die wichtigsten Punkte des neuen deutsch-englischen Zahlungsabkommens berichtet. Angesichts der großen Bedeutung dieses Abkommens, mit dessen Unterzeichnung die Hitlerregierung in den wesentlichsten Punkten nachgegeben und den Engländern eine bevorzugte Stellung im deutschen Import eingeräumt hat, bringen wir auszugsweise einige Artikel des Abkommens im Wortlaut:

Artikel 1: Vorbehaltlich einer später aufgezeigten Bestimmung dieses Artikels wird die deutsche Regierung uningeschränkt Devisenbescheinigungen für die Einfuhr von Waren des Ver. Königreiches aller Art nach Deutschland erteilen. Es handelt sich besonders um Kohle und Koks zum Verbrauch im deutschen Zollgebiet, Bunkerkohle für deutsche und ausländische Schiffe und Kohle für Freihafengebiete, um Heringe, Garne und Textilien. Die Reichsbank wird von den aus der deutschen Ausfuhr nach England eingehenden Devisen monatlich für die Bezahlung der englischen Ausfuhr nach Deutschland einen Betrag abzwacken, der 55 v. H. des Durchschnitts zwischen den in der deutschen Statistik für den vorliegenden Monat der deutschen Ausfuhr nach England einerseits und der entsprechenden englischen Statistik andererseits entspricht. Von diesem Durchschnittswert werden abgezogen:

a) Der Sterlinggegenwert der von der Bank von England im laufenden Monat verkauften Sondermark.

b) Jede einzelne Schuld (oder Teile davon) aus der Ausfuhr deutscher Waren nach England, die als einbringlich festgestellt worden ist.

c) Der Wert solcher deutscher Waren nach England, für welche die Reichsbank nachgewiesen hat, daß sie im Sinne eines unmittelbaren deutsch-englischen Warenaustausches ohne Devisenaufkommen nach England eingeführt sind.

Die für die Bezahlung der englischen Ausfuhr nach Deutschland von der Reichsbank abgezweigten Devisenbeträge werden täglich an Personen in Deutschland abgegeben, die eine Devisenbescheinigung gemäß den deutschen Devisenbestimmungen besitzen und durch Vorlage eines Zeugnisses einer britischen Handelskammer sowie aller sonstigen in Deutschland vorgeschriebenen Urkunden nachweisen können, daß es sich um die Einfuhr englischer Ware handelt. Auf dem Zeugnis der britischen Handelskammer vermerkt die Reichsbank den zugewiesenen Devisenbetrag. Die so gesammelten Zeugnisse übermittelt sie in zu vereinbarenden zeitlichen Abständen der englischen Botschaft in Berlin. Die abgezweigten Devisenbeträge werden für die Bezahlung englischer, vor dem 15. November 1935 verschifften Waren abgegeben, auch wenn sie nicht von einem Zeugnis einer britischen Handelskammer begleitet sind, vorausgesetzt, daß sie auf Grund der deutschen Zollvorschriften als englische Waren anzusehen sind.

Jeder abgezweigte Betrag, der in einem bestimmten Monat für den im vorigen Absatz festgesetzten Zweck nicht verwendet worden ist, wird vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 3 auf den nächsten Monat für denselben Zweck

vorgetragen und von der englischen Regierung zu einer anderen von Deutschland an England geschuldeten Zahlung im Handelsverkehr verwendet, andernfalls steht er der Reichsbank zur freien Verfügung. Erweist sich der abgezweigte Devisenbetrag in erheblichem Maß als unzureichend zur Bezahlung der nach Deutschland eingeführten englischen Ware, so behält sich die deutsche Regierung das Recht vor, nach Benehmen mit der englischen Regierung und vorbehaltlich Artikel 3 die Erteilung von Devisenbescheinigungen vorübergehend einzuschränken. Wird eine derartige Einschränkung verfügt, so findet sie nur mit Zustimmung der englischen Regierung auf die zu Beginn besonders aufgeführten Waren Anwendung, es sei denn, daß insoweit bei irgendeiner dieser Warengattungen die von England nach Deutschland eingeführte Menge die während des entsprechenden Zeitraums der Jahre 1932 und 1933 eingeführte Durchschnittsmenge übersteigt. Unbeschadet dessen wird die deutsche Regierung unter allen Umständen Devisenbescheinigungen für die volle Menge von englischer Kohle und Koks nach Deutschland ausstellen, die auf Grund des Notenwechsels vom 13. April 1933 zur Einfuhr nach Deutschland zugelassen sind.

Artikel 4: Bei der Unterzeichnung des Abkommens wird die Reichsbank einen Betrag von nicht weniger als 400 000 Pfund Sterling für die Begleichung der in Artikel 3 genannten ausstehenden Schulden bereitstellen. Ferner wird sie alles tun, um die Begleichung durch Bewertung ausstehender deutscher Warenforderungen zu beschleunigen, und zwar entweder durch ein Kreditgeschäft oder auf anderem Wege. Die englische Regierung wird über die Erträge aus der Verwertung der vorgenannten Forderungen vollständig unterrichtet werden. Sie wird ferner der deutschen Regierung mitteilen, wie die Zahlung der 400 000 Pfund Sterling und der weiteren gemäß diesem Artikel und dem Artikel 6 verfügbaren Beträge verwendet werden sollen. Sie wird der deutschen Regierung die notwendigen Einzelheiten über die ausstehenden Schulden übermitteln und ihr besonders die Reihenfolge der Begleichung mitteilen. Die beiden Regierungen werden die vor dem 1. März 1934 fällig gewordenen ausstehenden Schulden besonders prüfen, um zu entscheiden, ob sie nach diesem Artikel und nach Artikel 6 dieses Abkommens beglichen werden sollen.

Die deutsche Regierung wird die Erteilung von Devisenbescheinigungen für die englische Ausfuhr nur mit Zustimmung der englischen Regierung einschränken können, und die englische Regierung wird ihre Zustimmung nicht verweigern, wenn derartige Zahlungsverzögerungen nachteilige Wirkungen auf die beiderseitigen Handelsbeziehungen haben.

Artikel 7: Die deutsche Regierung wird nach dem 31. Dezember 1934 weiterhin gemäß der Artikel 2 und 4 des deutsch-englischen Transferabkommens vom 4. Juli 1934 Sterlingbeträge zum Ankauf solcher Zinsscheine der 7proz. Deutschen Anleihe von 1924 und der 5proz. Anleihe des Deutschen Reiches 1930 bereitstellen, die nachweislich am 15. Juni 1934 zum materiellen Eigentum der britischen Inhaber gehört haben.

Die Hitlerregierung hat also zunächst einmal sich bereit erklärt, einen Betrag von fast 5 Millionen Mark der englischen Regierung zur Begleichung der außenstehenden Warenforderung, die aus den jüngsten englischen Warenlieferungen entstammen, zur Verfügung zu stellen. Damit sind die bekannten Forderungen der englischen Kohlen- und Garnlieferungen weitgehendst berücksichtigt worden. Darüber hinaus hat sich die Reichsregierung verpflichtet, den Rest der Warenschulden in beschleunigter Weise zu begleichen. Wie Runciman im Unterhaus erklärte, werde die Reichsregierung, soweit die Maßnahmen zur Liquidierung dieser Warenschulden nicht ausreichen sollten, einen weiteren, auf 10 Prozent des Wertes der englischen Exporte nach Deutschland festgesetzten Betrag bereithalten, um die Zahlung aller Verbindlichkeiten innerhalb von 12 Monaten restlos vorzunehmen.

Ferner zahlt Deutschland ab 1. Januar die vollen Zinsen für die Young- und Dawes-Anleihe. Diese Verpflichtungen bedeuten einen Abfluß von einigen Millionen Mark an Devisen und Gold aus den mageren Beständen der Reichsbank.

In Zukunft wird nach diesem Abkommen 55 Prozent des Wertes der deutschen Gesamtausfuhr nach England für die Bezahlung der deutschen Einfuhr aus England für die Bezahlung der deutschen Einfuhr aus England zur Verfügung gestellt. Damit wird die volle Bezahlung des englischen Exports nach Deutschland gesichert.

Das „dritte Reich“ hat sich außerdem verpflichtet, im Gegensatz zu dem Neuen Plan grundsätzlich die Devisenbescheinigung für die Einfuhr englischer Waren nach Deutschland ohne Einschränkung zur Verfügung zu stellen. Sollte sie eine Einschränkung für notwendig halten, so bedarf sie der Zustimmung der englischen Regierung. Auf jeden Fall aber wird der englische Export von Kohle, Garnen, Textilwaren und Heringen in keiner Weise eingeschränkt.

Alle diese Konzessionen bedeuten eine starke Durchlöcherung des Neuen Planes und damit eine Fischweiche für die betrügerischen Manipulationen des Dr. Schacht zur Rettung der Mark.

Die Bijouteriefabrik Rodi n. Wieneberger AG., Pforzheim, teilt in ihrem Geschäftsbericht mit, daß sich die Schwierigkeiten im Auslandsgeschäft weiter verstärkt haben und daß dadurch das Geschäftsergebnis, trotz kleiner Besserung der inländischen Umsätze ungünstig beeinflusst worden sei.

rad: In solche Familien sind deshalb immer wieder einmal auf das „notdürftige“ Obdach angewiesen, das ihnen die Polizeibehörde, aber auch nur im dringenden Notfalle, zu gewähren hat. Das in diesem Sinne zur Verfügung gestellte Obdach spottet in zahlreichen Fällen jeder Rücksichtnahme in kultureller und sittlicher Beziehung auf das Familienleben, spottet der aller-einfachsten berechtigten Ansprüche eines deutschen Menschen auf seine Behausung. Den Gemeinden müssen deshalb unbedingt wieder neue Rechte gewährt werden, die sie ermöglichen, dringend einer Wohnung Bedürftige, in erster Linie kinderreiche Familien, in leerstehende oder freierwerbende Wohnungen unterzubringen.“

Die größte Sorge bereitet den Mietern aber die Ermäßigung der Hauszinssteuern ab 1. April 1935. Darüber schreibt die „Deutsche Mieter-Zeitung“:

„Eine besondere Sorge drückt die von der Hauszinssteuer befreiten Mieter. Mit Wirkung ab 1. April 1935 wird die Hauszinssteuer um 25 v. H. gesenkt. Der letzten Ermäßigung der Hauszinssteuer ab 1. April 1932 ging eine Minderung der gesetzlichen Miets von 120 auf 110 v. H. der Friedensmiete ab 1. Januar 1932 voraus. Tritt eine ähnliche Mietsenkung in Verbindung mit der bevorstehenden Hauszinssteuersenkung nicht ein, dann wirkt die Ermäßigung der Hauszinssteuer allein zugunsten des Hausbesizers unmittelbar als Mietsteigerung gerade für die wirtschaftlich schwächsten Schichten der deutschen Mieterschaft. Da bisher über diese Auswirkung der Steuersenkung auf die Mieter nicht bekannt geworden ist, löst diese Unsicherheit immer wieder in hunderttausend deutschen Familien hoffend und befürchtend wechselweise die bange Frage aus: Wird wie 1932 so auch 1935 die Herabsetzung der Hauszinssteuer von einer allgemeinen Mietsenkung begleitet sein, um allen Volksschichten — Hausbesizern und Mietern — eine Erleichterung ihrer Lebenshaltung zu verschaffen?“

Diese Frage ist bereits von der Reichsregierung eindeutig mit Nein beantwortet worden. Die Ermäßigung der Hauszinssteuer erfolgt nur zugunsten der Hausbesizer. Die Mieter müssen ihre bisherige Miets weiterzahlen, vielleicht noch erhöht durch neue Steuern, um den Ausfall in der Reichskasse zu decken, der durch die Ermäßigung der Hauszinssteuer entsteht.

Deutsches Theater — heute

Zu dem Buche des Franzosen Mr. R. Lauret: „Le théâtre allemand d'aujourd'hui“ (erschienen bei Gallimard, Paris) schreibt der bekannte schweizerische Autor Hermann Lepel:

Die „vierzehn verbrecherischen Jahre“

Heute, da die offiziellen Männer des „dritten Reiches“ das deutsche Theater von 1918 bis 1933 immer und immer wieder mit den unbekümmerten Ausdrücken ihrer Verachtung belegen — da der Präsident der Reichstheaterkammer Otto Laubinger, der in diesen 15 Jahren gewiß nicht zu Unrecht nur innerhalb der zweiten Garnitur des Berliner Staatstheaters verwendet wurde, dieses Theater der Nachkriegszeit noch immer für alle Mißerfolge des heutigen Regimes auf dem Gebiet des Theaters verantwortlich machen möchte, heute kommt dieses Theaterbuch von Lauret zur rechten Zeit, um auch dem Blindesten deutlich zu machen, wie interessant dieses Theater der Nachkriegszeit bei all seinen großen Mängeln gewesen ist, wieviel guter unvoreingenommener Wille und vor allem wieviel handwerkliches Können doch in diesem Theater der Weimarer Republik am Werke war. Es muß festgehalten werden, daß in der Zeit des Zusammenbruchs, in der Zeit der größten wirtschaftlichen Krise, die deutsche Republik daran ging, die Bühnen aller größeren deutschen Städte der privaten Spekulation, dem mehr oder minder verhüllten Schmierennutzen zu entziehen; und festgehalten muß auch werden, daß die deutschen Arbeiterparteien ihre Anhänger viel zu sehr im Respekt vor der geistigen Leistung erzogen hatten, um diesem vom bürgerlichen Geist geprägten Theater die finanziellen Mittel zu verweigern.

Dieses leidenschaftliche Interesse für die Bühne hat in Deutschland bei den verantwortlichen Männern des Staats kaum gefehlt; es ist auch bei den maßgebenden Persönlichkeiten des „dritten Reiches“ vorhanden, es ist so sehr vorhanden, daß die deutsche Bühne jetzt unter der Umklammerung des Staates geradezu ihren Geist aufzugeben droht. Seit den Tagen der Klassiker (vielleicht sogar seit den mittelalterlichen Moralisten) ist im deutschen Bewußtsein die Vorstellung lebendig, daß sich von der Bühne herab eine das öffentliche und private Leben umwandelnde Wirkung erzielen lassen müsse; Richard Wagner dachte als guter Deutscher, wenn er seine Bayreuther Festspiele — auch im politischen Sinne — für wichtiger hielt als den ganzen deutsch-französischen Krieg.

Heute: das politische Theater des „dritten Reiches“

Im Gegensatz zum Theater des „dritten Reiches“, das seinem Wesen nach ein politisches Theater ist, d. h. dem nationalsozialistischen Ideal der Ertüchtigung, der Heroisierung, der Wehrhaftmachung des Menschen dienen muß (ein Lehrer in Oldenburg entdeckte kürzlich selbst in Lehars „Land des Lächels“ die Möglichkeit, im Zuschauer den „Wehrwillen“ wachzurufen) — gab es in der Republik von Weimar unter anderem auch ein politisches Theater, das aber in der Hauptsache der privaten Initiative vorbehalten war. Es hat unter Jessner in Berlin nicht an fragwürdigen Versuchen gefehlt, die Klassiker im politischen Sinne „umzumontieren“; es gab da eine Hamlet-Aufführung, bei der der Ton auf der Gestalt des Königs Claudius lag, der mit verkürztem Arm à la Guillaume II. auftrat — es gab da eine „Räuber“-Aufführung unseligen Andenkens, in der Spiegelberg als politischer Agent und Karl Moor als politischer Bandenführer auftraten, der sich am Schluß mit der Pistole selbst erledigte. Merkwürdigerweise waren es damals gerade bürgerliche Kritiker wie Herbert Ihering, die der gewerkschaftlich betriebenen Volksbühne am Bülowplatz die mangelnde politische Linie vorwarfen. R. Lauret erkennt sehr richtig, daß die Initiatoren des politischen Zeitstückes (das in der vergangenen Spielzeit in Deutschland an allen Bühnen mit umgekehrtem politischen Vorzeichen, aber sonst mit ausgesprochen milderer technischer und künstlerischer Begabung gepflegt wurde) von einer völlig irigen Beurteilung nicht nur der Möglichkeiten des Theaters, sondern auch der politischen Propaganda ausgingen; denn der Effekt des Theaters beruht ja hauptsächlich in der Wirkung auf die „sensibilité“, und nicht so sehr auf das „raisonnement“ des Zuschauers: Hitler est un homme de théâtre aussi habile que M. Piscator. Außerdem rechnet dieses politische Theater nicht genügend mit dem (auch im heutigen Deutschland nicht restlos abzuschaffenden) Prinzip der Freiwilligkeit des Theaterbesuches; das kommunistische Theater Piscators lebte eine Zeitlang von einem snobistischen Publikum, das 20 Mark für den Play bezahlte — in das politische Theater des „dritten Reiches“ aber gehen die Besucher allmählich auch bei billigstem Eintritt nicht mehr hinein; gleich jenem Theaterdirektor in einer neueren (übrigens auch in Basel aufgeführten) Komödie könnten heute die deutschen Direktoren ausrufen: „Was nützt uns das schönste Gesinnungsstück, wenn das Publikum, das die Karten bezahlt, anderer Meinung ist?“ Wie sehr übrigens gerade innerhalb des politischen Zeittheaters die politischen Vorzeichen vertauschbar sind, sieht man an dem Fall des Berliner Kritikers Ihering, der inzwischen den „SA. Brand“ mit dem gleichen heiligen Ernst behandeln konnte wie früher

Heinrich Manns Bekenntnis

An den Kongreß der Sowjetschriftsteller, der im letzten Sommer tagte, hat, wie jetzt die „Neuen Deutschen Blätter“ mitteilen, Heinrich Mann folgenden Brief gerichtet:

Die „antifaschistischen“ Schriftsteller sind solche, die ihre Sache auf die Leistung gestellt haben, anstatt auf die Begünstigung durch das faschistische Regime. Sie werden in der Mehrzahl sozialistisch denken; die Hauptsache bleibt, daß sie überhaupt denken wollen. Die antifaschistische Literatur ist nicht notwendig absichtsvoll antifaschistisch; sie ist es schon dadurch, daß sie

auf der Gewissensfreiheit besteht.

In Deutschland dagegen wird, einige Zeit lang, die Wahrheit

das kommunistische Zeitstück, oder an der Wandlung jenes Propagandisten des politischen Theaters, der seinerzeit in Berlin die kommunistischen „Matrosen von Cattaro“ höchst wirkungsvoll inszenierte und heute als erster Bühnenleiter im Reich für seine Schauspieler ein nationalsozialistisches Schulungslager eröffnet hat.

Die Mißratenheiten

Das Uebergewicht des deutschen Regisseurs über den Dramatiker bedeutete, wie das Lauret an einem glücklichen Wort von Gustav Hartung verdeutlicht, kein prinzipielles Uebergewicht des Reproduktiven über das Schöpferische, es ergab sich sehr oft zwangsläufig aus der formalen Unfertigkeit der Bühnenwerke, die damals über die deutschen Bühnen gingen. Das Theater ist eine „Massenkunst“, d. h. eine Kunst, die einer bestimmten Vielzahl von Menschen erreichbar bleiben muß; hingegen gibt es einen bestimmten Grad menschlicher, wirtschaftlicher Not, bei dem der Mensch die innere Bereitschaft zu einem höheren künstlerischen Erleben einbüßt und nur mehr nach starken, kompakten Emotionen verlangt; mit einem Publikum solcher Art mußten die deutschen Dramatiker und Direktoren der Nachkriegszeit immer stärker rechnen. (Immerhin war es möglich, ein so esoterisches Werk wie Barlachs „Blauen Boll“ im Berliner Stadttheater über 25mal zu spielen.) Der große Dramatiker, der gleich Schiller in seinem 1805 gesprochenen Prolog zum „Wallenstein“ die chaotische Zeit ausdrücklich beschwören und sein Werk ihr konfrontieren durfte, war dem deutschen Theater innert der fünfzehn „verfluchten“ Jahre versagt. Jedenfalls aber haben die verantwortlichen Personen des „dritten Reiches“, als sie nach Rasse und Gesinnung, und nicht so sehr nach der Leistung zu fragen begannen, der deutschen Bühne schweren Schaden zugefügt; man kann dem deutschen Theater der Nachkriegszeit manches Ungute nachsagen, aber es ist nicht anzunehmen, daß damals ein Stück von dem unmenschlichen Zynismus eines „Schlageter“ (Johst) oder der formalen Mißratenheiten einer „Deutschen Passion“ (Euringer) von einer ernsthaften Bühne gespielt worden wäre; es wäre bestimmt auch nicht möglich gewesen, daß einen Parteimann mit einer kaum vierteljährigen Theaterpraxis eine der größten Bühnen Berlins überantwortet worden wäre, wie das im Falle des SS-Führers Graf Solms-Laubach geschah, der heute die Volksbühne am Bülowplatz regiert.

Und Berlin . . .

Von den namhaften deutschen Regisseuren (Lauret gibt namentlich von Reinhardts Art, Regie zu führen, eine höchst plastische Vorstellung) sind heute außer den nichtarischen (die Feder sträubt sich immer wieder, mit dem dilettantisch-ungenauen Begriff zu operieren), außer Fehling und Hilpert und dem jetzt zum Intendanten des Stadttheaters avancierten Gustav Gründgens, so ziemlich alle aus dem nationalsozialistischen Theaterbetrieb ausgeschieden, die kraft Namen und Leistung auch im Ausland zu bestehen hoffen konnten: Carl Ebert, Gustav Hartung, Karl Heinz Martin, Erich Ziegel (der von Hamburg nach Wien übersiedelt ist). Der nationalsozialistische Theaterkommissar Hinkel, der das Wort von den „Intelligenzbestien“ in Mode gebracht hat, ist inzwischen zwar nach Gebühr in der Versenkung verschwunden, aber der politische Druck auf die Bühnen, vor allem der Druck mit dem Arierparagrafen, hält unvermindert an; Hilpert konnte für die Eröffnungsaufführung „Wie es euch gefällt“ im Deutschen Theater den Frontarier Wallburg nicht freibekommen, der kleinen Dolly Haas aber wird im „Angriff“ mit höhnischen Worten vorgehalten, daß ihre Abnetafel noch nicht lückenlos komplett sei und daß sie ihr Auftreten als „Scampolo“ lediglich der nationalsozialistischen Großmut verdanke.

Sie hoffe auf bessere Tage

In einem kürzlich erschienenen Aufsatz im offiziellen „Völkischen Beobachter“, in dem die Theatermüdigkeit in Deutschland, die schwierige Lage der deutschen Bühnen zugegeben wird, steht ein Satz, wie er in den Zeitungen der führenden Parteien der Weimarer Republik wohl kaum je zu finden war: „Die Sorge um das Theater muß besseren Tagen überlassen bleiben“. Und der „Autor“, das Organ der deutschen Bühnenschriftsteller (August 1934), quittiert diesen Satz mit der schmerzlich-resignierten Feststellung: „Wir bringen trotz aller verzweifelten wirtschaftlichen Nöte den Idealismus und den Mut auf, weiterzuarbeiten, wollen aber nicht, daß man uns zwischen den Zeilen zu verstehen gibt: wir haben jetzt keine Zeit für dich. Warte, bis bessere Tage kommen! Würde diese Tendenz den Sieg davontragen, dann könnten wir die Theater schließen — besser heute als morgen. . .“

Kann die Krise des deutschen Theaters übrigens in einem deutlicheren Symbol dargestellt werden, als daß das ehrwürdige Nationaltheater in Mannheim gerungen ist, sich durch eine Annonce in dem „Völkischen Beobachter“ feilzubieten?

das sein, was der Stärkere vorschreibt. Es wird nicht die Wahrheit sein, und uneigennütige Liebhaber kann sie nicht haben. Niemandem ist dort das große und gefahrenreiche Glück erlaubt, neue Erkenntnisse zu erobern oder Leben und Menschen zu gestalten nach seinem Wissen. Es gibt nur ämtlich geregeltes Denken und Träumen. Das bedeutet für die Nation einen geistigen Niedergang im allerschleunigsten Tempo und auf allen Gebieten. Auch in den angewandten Wissenschaften hatte Deutschland sich nur darum auszeichnen können,

weil dort frei gedacht werden durfte.

Keine chemischen Erfindungen und erst recht keine Großindustrie, wenn nicht andere Menschen jahrhundertlang frei gedacht und geschaffen haben. — Die antifaschistische Lite-

Nacht über Deutschland

Lastendes Schweigen von sechzig Millionen,
Während die Horde der Herrschenden brüllt.
Dumpe Verzweiflung in allen Regionen;
Heilige Heimat in Trauer gehüllt.
Nacht über Deutschland!

Wo einst die Säulen des Geistes gestanden,
Toben Banditen den Blutrausch jetzt aus.
Wo sich die Menschen in Liebe einst fanden,
Feiert man Siege im Totenhause.
Nacht über Deutschland!

Doch aus den Tiefen der dunkelsten Gräfte
Löst sich der Wille, der Wander vermag;
Bis er als Tat sich erhebt in die Lüfte
Und brausend verkündet den kommenden Tag.
Tag über Deutschland! Horatio

Endlich Sonne über Deutschland

Rührei mit Bratkartoffeln ist ein gutes Gericht. Kant, Goethe, Napoleon, der Kaiser von Japan und viele andere Leute haben es schon gegessen, doch hatte das weiter keine Bedeutung. Jetzt hat ER auf einem Ausflug im Harz Rührei mit Bratkartoffeln gegessen, und schon ist ein historisches Ereignis! „Die Braunschweigische Landeszeitung“ bespricht es in einem Leitartikel erste Seite rechts oben, Überschrift: „Der Führer im Harz. Das Erlebnis vom Königskrug.“ Und dann geht es los:

Der Bruchberg liegt hinter uns. Herrlichste Wanderung durch uralten Harz! Rückkehr über Oederbrück oder Königskrug? Richtig — in Königskrug war doch vor wenigen Tagen der Führer eingekehrt. Also Entscheidung: Marschrichtung Königskrug! Es dunkelt schnell, zudem kommt Nebel auf. Aber schon leuchtet der gelblich-trauliche Schein der Petroleumlampen — ja, so was gibt's Gott sei Dank noch hier oben im Harz! — aus der Veranda des Forsthauses auf. Bald stehen wir vor dem Hausherrn, Papa Heise, einer prächtigen Förstergestalt mit klarem, offenem Blick. Und dann sitzen wir im „Privatzimmer“ in dem breiten, bequemen Sofa, auf dem Tisch die blühendere Petroleumlampe mit ihrem matten Licht, vor uns dampfender Tee mit — Einlage, und hören zu, wie der Hausherr in seiner ruhigen Art von jenem Besuchstage erzählt.

„Also wir sind gerade mit dem Mittagessen fertig, als ein riesenhafter Mensch eintritt und den Türrahmen füllt: „Sind Sie eingerichtet auf ein Mittagessen für eine größere Gesellschaft? Etwa 22 bis 23 Personen? Auf Fleisch wird kein Wert gelegt.“ Das war Gruppenführer Brückner, des Führers Adjutant. Die Frau Försterin will in die Küche gehen, um anzurichten. Auf dem halbdunklen Flur begegnet ihr ein anderer Mann, der höflich fragt, wo er eintreten könne. Sie geleitet ihn in die Veranda zu den anderen Gästen.

Heiliger Hubertus! Jetzt erst erkennt sie den Führer! Aber Adolf Hitler nimmt gleich rechts vom Eingang an einem Tisch Platz. Zu ihm setzen sich vier Herren seiner Begleitung. Der Führer war mit seinem Wagen gleich auf den kleinen Hof der Försterei gefahren. Dann war Brückner vorangegangen und der Führer ihm sofort gefolgt. Des Reichskanzlers erste Bitte war, zunächst seiner Begleitung Essen zu reichen. Erst dann läßt er sich mit Appetit das mit Liebe und Begeisterung bereitete Mittagbrot: Rührei mit Bratkartoffeln, schmecken. Da schrillt draußen das Telefon. Anruf aus Braunlage: „Soeben wird aus Clausthal-Zellerfeld gemeldet, daß der Führer in Richtung Braunlage weitergefahren sei. Wenn die Autos Königskrug passieren, möchte doch gleich Bescheid gegeben werden nach unten.“

Aber der Führer war auch hier schneller als der Draht. Er saß schon beim Mittagbrot in Königskrug! Das bedienende Hausmädchen hat wohl ein wenig vor Aufregung mit der Schüssel gezittert. Durchaus verständlich. Das wäre uns allen nicht anders ergangen. Aber dann spricht der Führer mit ihr, und — wie sie selbst sagt — „sofort wurde ich innerlich ganz ruhig“.

Nur einige Vertraute durften in das Privatzimmer — in dem wir jetzt saßen —, und das zwei Fenster hatte, die auf die geschlossene Veranda führten. Dort saß der Führer an einem Tisch unmittelbar an dem einen Fenster. Hier stand ein Hausgast — eine junge Hamburgerin — die ganze Zeit, wohl eineinhalb Stunden, muksmäuschenstill, um den geliebten Führer ganz aus der Nähe — kaum einen Meter weit entfernt — sehen zu können. Das Mahl ist beendet. Der Führer ist ausgeruht. Nun geht es weiter. Das Wetter klärt auf. Sonne liegt über dem Harz und über Deutschland.

Nun liegen schon Tage hinter dem Besuch. Aber in allen schwingt noch die innere Freude und Erregung nach, den geliebten Führer so nahe gesehen zu haben. Und immer wieder betont der Förster Heise: „Das schönste war das Schlichte, das Einfache an unserem Führer!“

Als wir hinaustraten, hat der Sternenhimmel sich über den Harz gespannt. Der Abendstern glüht in glühenden Farben. In uns klingt das eben Gehörte nach. Nie wird des Menschen Verstand das Wunder unserer Sternenhimmel ergründen. Aber in Demut wollen wir dem Walten eines gütigen Geschickes danken, das Deutschland in tiefster Zerrissenheit den Retter schenkte!

ratur ist in Wirklichkeit die einzige deutsche Literatur; vor allem, weil nur sie

die Gedanken- und Gewissensfreiheit

behalten hat, dann aber auch Kraft des Leidens. Durch Verbannung, Not und Mühen werden die Begabungen vertieft, ganz abgesehen davon, daß die Schriftsteller streng geübt werden. Wird heute irgendwo in der Welt ein deutsches literarisches Preisausschreiben veranstaltet, dann melden sich nur noch starke Talente. In Deutschland ist jedesmal das Gebudel zur Hand, und außerwählt wird die allerlumpigste, zweckbewußteste Gleichgültigkeit. Während dort im Lande die Dummheit ihr übliches Maß schon jetzt weit hinter sich gelassen hat, ist die emigrierte Literatur, zu der auch einige in Deutschland Verbliebene gehören, auf dem Wege besser zu werden, als sonst der Durchschnitt der Literatur es war.

Der Hitlerputsch Von Konrad Heiden

Die folgende Schilderung des Hitlerputsches von 1923 ist dem Buche Konrad Heiden „Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee“ entnommen. Die Darstellung führt zunächst in die ersten Novembertage jenes Jahres. Bayern war damals beherrscht von drei Männern: dem Generalstaatskommissar von Kahr, dem gegen Berlin meuternden Reichswehrgeneral von Lossow und dem Polizeiobersten von Seißer. Zwischen dieser Gruppe und den Nationalsozialisten unter Hitler bestand eine scharfe Rivalität, aus der sich schließlich der Putsch vom 8. November entwickelte.

(1. Fortsetzung)

Hitler zog am 8. November seinen besten Anzug an, einen langen Gehrock, befestete das Eisener Kreuz drauf und rief den Kommerzienrat Zentz, den Veranstalter der Kundgebung, an, er möge doch mit dem Versammlungsbeginn bis zu seiner Ankunft warten. Denn er gedachte Kahr vor seiner Rede hinauszubitten, ihm den von SA eingekreisten Bürgerbräukeller zu zeigen und den Ausbruch der nationalen Revolution mitzuteilen. Kahr würde sich ins Unvermeidliche fügen, die ihm von verschiedenen Mitarbeitern aufgesetzte Rede in die Tasche stecken und statt dessen zusammen mit Hitler die neue Regierung ausrufen.

Aber Kahr war indigniert, daß Hitler ihn zu warten lat. „Für Herrn Hitler wird sich noch ein Platz finden,“ sagte er zu Zentz. „Wir können seinetwegen nicht dreitausend Leute warten lassen.“ Und er begann seine Rede.

Währenddessen fuhr Hitler durch die Stadt. Neben ihm im Wagen saß Anton Drexler, der harmlos glaubte, man fahre zu einer Versammlung aufs Land. Plötzlich wandte Hitler sich zu seinem Ehrenvorsitzenden: „Toni,“ sagte er, „kannst du schweigen? Also wir fahren heute nicht nach Freising. Um halb neun Uhr schlage ich los.“ Drexler, überrumpelt, verstand die Demütigung. Er erwiderte trocken: „Ich wünsche dir Glück.“

Im Bürgerbräukeller drückte Hitler sich zunächst wenig beachtet im Saal herum; es gelang ihm nicht, sich zu Kahr durchzuzwängen. Auch die Vorhalle war schwarz von Menschen, der Eingang von Hunderten belagert — und hier sollten die Sturmtruppen durchbrechen? Das mußte eine Panik mit Toden geben. In dieser Not verfiel Hitler auf einen Streich, würdig des Hauptmanns von Köpenick. Er ging, der Zivilist im schwarzen Rock, zu dem diensttuenden Polizeibeamten und befahl ihm, die Vorhalle und die Straße zu räumen, weil sonst im Saal Unruhe entstehen könnte. Und siehe da, der Beamte klappte die Hacken zusammen und ließ räumen. Die Polizei hat auf Hitlers Befehl den Weg für Hitlers Putsch freigemacht.

Jetzt setzte Scheubner-Richter sich in ein Auto und fuhr nach Ludwigshöhe, um Ludendorff zu holen. Auch der war ahnungslos und wurde von Hitler vor fertige Tatsachen gestellt.

Der Schuß im Bürgerbräu

Als Kahr etwa eine halbe Stunde gesprochen hatte, fuhren die Sturmabteilungen vor dem Lokal vor. Es war der „Stoßtrupp Hitler“. Ohne Widerstand besetzten die Leute die von der Polizei so sorgfältig geräumte Vorhalle und brachten ein paar Maschinengewehre in Stellung. Drinnen spricht Kahr, der Diktator, drinnen sind dreitausend ahnungslos; draußen bilden dreihundert Sperrketten. Das Ganze ist ein Werk von drei Minuten. In diesen drei Minuten wird Geschichte. Diese drei Minuten machen Hitler aus einer Münchener Schenkwürdigkeit zu einer weltpolitischen Figur.

Die Polizei aber sah zu. Ihr ratloser Führer rief im Polizeipräsidium bei seinem diensthabenden Vorgesetzten an und bat um Verhaltensmaßregeln. Der Vorgesetzte sagte nicht: Verhaften Sie Herrn Hitler; er sagte nicht: Schützen Sie den obersten Beamten des Landes vor den Maschinengewehren. Er sagte: Halten Sie die Ordnung — auf der Straße aufrecht und warten Sie im übrigen ab; man weiß ja noch nicht, was los ist. Dieser pflichtbewußte Vorgesetzte war der damalige Oberamtman und spätere Reichsinnenminister Dr. Frick. Eine Stunde später hatte Hitler ihn zum zum Polizeipräsidenten von München ernannt.

Denn inzwischen — es war dreiviertel neun Uhr — hatte Hitler mit seinen Bewaffneten geräuschvoll den Saal betreten. Mit einer Pistole in der Hand raste er auf das Podium los, wo Kahr stand. Wie ein Augenzeuge, Graf Soden, später vor Gericht aussagte, machte er den Eindruck eines völlig Irrsinnigen. Seine Leute postierten am Saaleingang ein Maschinengewehr. Hitler selbst sprang, seiner Sinne kaum noch mächtig auf einen Stuhl, feuerte einen Pistolenschuß zur Decke, sprang wieder herab und stürmte weiter durch den plötzlich totenstill gewordenen Saal nach dem Podium. Ein pflichttreuer Polizeimajor trat ihm entgegen, die Hand in der Tasche. Hitler fürchtete eine versteckte Schußwaffe, sagte dem Major blöhsinnig die Pistole auf die Stirn und schrie wie im Kriminalroman: „Hände aus den Taschen!“ Ein anderer Beamten griff rasch von der Seite zu und riß Hitlers Arm weg. Der angegriffene Polizeimajor ist zehn Jahre später im Konzentrationslager Dachau ermordet worden.

Hitler stieg jetzt auf das Podium, auf dem Herr von Kahr, blaß und verwirrt, einige Schritte zurückgetreten war, und schrie:

„Die nationale Revolution ist ausgebrochen. Der Saal ist von sechshundert Schwerebewaffneten besetzt. Niemand darf den Saal verlassen. Wenn nicht sofort Ruhe ist, werde ich ein Maschinengewehr auf die Galerie stellen lassen. Die Kasernen der Reichswehr und Landespolizei sind besetzt — dies war falsch —, Reichswehr und Landespolizei rücken bereits unter den Hakenkreuzfahnen heran.“

Dann rief er Kahr sowie Lossow und Seisser, die in der Nähe saßen, in gebieterischem Tone zu, sie sollten ihm folgen. Unter einer SA-Eskorte transportierte Hitler die drei Machthaber Bayerns aus dem Saal. Ein Zuruf fielt

„Seid nicht wieder solche Freiglinge wie 1918! Schießt!“ Aber die drei Männer hatten nichts zum Schießen. Lossow konnte nur Seisser zuflüstern: „Komödie spielen!“ Seisser flüsterte die Worte an Kahr weiter. Unter diesem Geflüster verschwanden sie nach draußen.

Der Saal begann wieder aufzubrausen. Die abscheuliche Pistolenszene hatte die ganze Versammlung gegen Hitler empört. Die Stimmung wurde so bedrohlich, daß Göring aufs Podium stieg und mit Donnerstimme versicherte, der Anschlag solle kein feindseliger Akt sein, sondern der Beginn der nationalen Erhebung. Die bayerische und die Reichsregierung seien abgesetzt, eine neue Regierung werde jetzt da draußen gebildet. Er schloß:

„Im übrigen können Sie zufrieden sein. Sie haben ja hier Ihr Bier!“

„Morgen Sieger oder tot“

Inzwischen begann Hitler in einem Nebenzimmer die Verhandlungen mit den Worten: „Niemand verläßt lebend das Zimmer ohne meine Erlaubnis!“ Dann redete er auf die kalt Abgeschreckten glühend los: „Meine Herren, die Reichsregierung ist bereits gebildet, und die bayerische Regierung ist abgesetzt. Bayern wird das Sprungbrett für die Reichsregierung, in Bayern muß ein Landesverweser sein. Pöhner wird Ministerpräsident mit diktatorischen Vollmachten, und Sie, Herr von Kahr, werden Landesverweser.“ Dann stieß er kurz und feyerweise hervor: „Reichsregierung Hitler, nationale Armee Ludendorff, Seisser Polizeiminister.“ Der „Trommler“ hatte die Maske abgeworfen.

Als er keine Antwort bekam, hob er die Pistole und rief leidenschaftlich:

„Ich weiß, daß den Herren das schwer fällt. Der Schritt muß aber gemacht werden. Ich will den Herren ja nur erleichtern, den Absprung zu finden. Jeder von Ihnen muß den Platz einnehmen, auf den er gestellt wird; tut er das nicht, so hat er keine Daseinsberechtigung!“ Als die drei in finsternem Schweigen verharren, fingen seine Nerven an, zu zappeln: „Sie müssen verstehen, Sie, Sie müssen einfach mit mir kämpfen, mit mir siegen oder mit mir sterben, wenn die Sache schief geht. Vier Schuß habe ich in meiner Pistole, drei für meine Mitarbeiter, wenn sie mich verlassen, die letzte Kugel für mich.“

Er setzte sich die Pistole an die Schläfe und sprach feierlich: „Wenn ich nicht morgen nachmittag Sieger bin, bin ich ein toter Mann.“

Es war eine wahre Römerrede. So sagt der edle Brutus bei Shakespeare: „Wie ich meinen besten Freund für das Wohl Roms erschlug, so habe ich denselben Dolch für mich selbst, wenn es dem Vaterlande gefällt, meinen Tod zu bedürfen.“ Diese Worte sind die Erfindung eines Dichters; die Reden Hitlers dagegen sind durch beschworene Zeugenaussagen vor Gericht und teilweise durch das Geständnis des Sprechers selbst belegt.

Herr von Kahr war der Situation gewachsen. Er faßte Hitlers Drohung als richtiggehenden Mordanschlag auf und sagte das Anständigste, was in diesem Augenblick gesagt werden konnte: „Herr Hitler, Sie können mich totschießen lassen, Sie können mich selber totschießen. Aber sterben oder nichtsterben ist für mich bedeutungslos“ — er wollte sagen, daß er sich nicht durch die Drohung mit der Kugel einen politischen Entschluß abzwängen lasse.

„Maßkrug her!“

Vor diesem Mißerfolg versagten Hitlers Nerven einen Augenblick und das Ergebnis war eine subalterne Taktlosigkeit. Während Kahr vom Sterben und Nichtsterben sprach, brüllte Hitler plötzlich seinen Begleiter Graf an: „Maßkrug her!“ Er hat später erklärt, er sei durstig gewesen, und in einem Bierkeller trinke man eben Bier. Graf selbst schildert die Szene als Zeuge vor Gericht indirekt: „Hitler hatte mich um Bier gebittet. Ich habe einen Maßkrug geholt, weil es keine Halbekrugeln gab. Infolge der Gasvergiftung muß Hitler, wenn er länger spricht, öfter trinken; er trinkt übrigens fast nichts.“

So kam man nicht weiter. Der, auf den es Hitler eigentlich abgesehen hatte, der General von Lossow, schwieg. Aber Seißer redete jetzt. Er warf Hitler vor, daß er sein Ehrenwort gebrochen habe.

Schon wieder eins von dem halben Dutzend Ehrenwörtern! In der Tat, Hitler hatte Seißer öfters versprochen, er werde keinen Putsch gegen die Polizei machen. In einem Zornanfall — man hatte ihm ein paar Versammlungen verboten — nahm er das Versprechen Ende Oktober wieder zurück. Dann nahm er Lossow gegenüber auch die Zurücknahme wieder zurück; zu Seißer sagte er allerdings: „Es sei denn, daß man ihn in eine Zwangslage versetzte.“

Jetzt aber sagte er zu ihm:

„Ja, das tat ich, verzeihen Sie mir; ich habe um des Vaterlandes willen so handeln müssen!“

Doch das vertrieb die häßliche Stimmung nicht aus dem Zimmer. Bald sprach Hitler vom Vaterlande, bald rief er wie ein Gefängniswärter: „Halt, die Herren dürfen ohne meine Erlaubnis nicht miteinander sprechen!“ An Tür und Fenster standen schwerbewaffnete Posten und drohten zu weilen mit ihren Gewehren.

Der Marsch nach Babel

Als er mit den dreien nicht weiterkam, kehrte Hitler in den Saal zurück und hielt dort eine kurze, meisterhafte Rede. Er wendete, wie ein Zeuge sagt, die Stimmung der anfangs feindseligen Versammlung „wie einen Handschuh um“. Knapp und kurz begann er: „Das Kabinett Knilling (die bayerische Regierung) ist abgesetzt. Die Regierung der Novemberverschreiber in Berlin wird für abgesetzt erklärt. Ebert (der sozialdemokratische Reichspräsident) wird für abgesetzt erklärt. Eine neue deutsche nationale Regierung wird in Bayern, hier in München, heute noch ernannt. Es wird sofort gebildet eine deutsche nationale Armee.“ Schlag auf Schlag, Tatsache auf Tatsache, im befehlenden Ton. Er konnte das wagen, denn bis bisher war es die Erfüllung aller nationalistischen Träume. In dieser Versammlung von Reaktionären widersprach niemand.

Aber dann wurde er plötzlich geschmeidig, und jeder sah begann nun mit den Worten: „Ich schlage vor“. Also: „Ich schlage vor: eine bayerische Regierung wird gebildet aus einem Landesverweser und einem mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Ministerpräsidenten. Ich schlage als Landesverweser Herrn von Kahr vor, als Ministerpräsidenten Pöhner. Ich schlage vor: bis zum Ende der Abrechnung mit den Verbrechen, die heute Deutschland zugrunde richten, übernehme die Leitung der Politik der provisorischen nationalen Regierung ich. Exzellenz Ludendorff übernimmt die Leitung der deutschen nationalen Armee. General von Lossow wird deutscher Reichswehrminister, Oberst von Seißer wird deutscher Reichspolizeiminister. Die Aufgabe der provisorischen deutschen nationalen Regierung ist, mit der ganzen Kraft dieses Landes und der herbeigezogenen Kraft aller deutschen Gaue den Vormarsch anzutreten in das Sündenbabel Berlin, das deutsche Volk zu retten.“

Ich frage Sie nun: draußen sind drei Männer, Kahr, Lossow und Seißer. Bitter schwer fiel ihnen der Entschluß. Sind Sie einverstanden mit dieser Lösung der deutschen Frage? Sie sehen, was uns führt, ist nicht Eigendünkel und Eigennutz, sondern den Kampf wollen wir aufnehmen in zwölfter Stunde für unser deutsches Vaterland. Aufbauen wollen wir einen Bundesstaat föderativer Art, in dem Bayern das erhält, was ihm gebührt. Der Morgen findet entweder in Deutschland eine deutsche nationale Regierung oder uns tot!“

Es war eine echt Hitlersche Rede, voll redlicher Leidenschaft und doch mit einem unangenehmen Trick. Er machte den Hörern nämlich der Wahrheit zuwider vor, daß die drei Männer bereits mit ihm einig seien. Das war eine Erlösung für die Versammlung, die plötzlich von der Ablehnung zum Jubel überging. Die Frucht einer glänzenden Strategie auf der inneren Linie, die Hitler befolgt hatte. Er hatte die Versammlung und die drei Diktatoren voneinander getrennt und beherrschte selbst ausschließlich die Kommunikationslinien; so konnte er die einen über die Stimmung der andern irreführen. Im übrigen gewann er die Herzen dadurch, daß er den kernigen Bayern einen Straffeldzug nach Berlin, den Triumph über die und vielleicht auch ein wenig Freuden mit der großen apokalyptischen Hure in Aussicht stellte.

Jedenfalls konnte er wieder in das Nebenzimmer zurückgehen und dem niedergedrückten Kahr mitteilen, man würde ihn draußen vor Begeisterung auf die Schultern heben.

Seiner Majestät hochseliger Vater

Gleichzeitig betrat auch Ludendorff mit Scheubner-Richter das Zimmer; er sah sich nicht um, fragte nach nichts, sondern begann zu reden; er sei ebenso überrascht wie alle, aber es handele sich um eine große nationale, völkische Sache, und er könne den drei Herren nur raten, mitzutun. Sie möchten in seine Hand einschlagen. All das kostete Ludendorff einige Ueberwindung; er zürnte wegen Hitlers eigenmächtiger Aemterverteilung, bei der er selbst nicht Reichsdiktator — man erinnere sich an Göring —, sondern nur Armesführer werden sollte. Er hat dafür Hitler, wie dieser selbst später hekündete, an dem ganzen Abend geschüttelt und keine fünf Worte mit ihm gewechselt. Zunächst merkte Hitler in seiner selbstbewußten Aufregtheit gar nichts. Er rief, als Ludendorff geendet hatte: „Es gibt kein Zurück mehr, die Sache ist bereits weltgeschichtliches Ereignis.“

Als erster überwand sich Lossow. Er konnte den Feldherrn des Weltkriegs schließlich nicht mit ausgestreckter Hand stehen lassen. Das verbot schon die Subordination, die für einen deutschen General weit vor aller Politik kommt; Ludendorff war in der Nähe, und der Vorgesetzte in Berlin war fern. Mit einem trockenen „Gut“ ergriff er Ludendorffs Hand; ihm folgte Seißer. Kahr rang noch immer mit sich; er sei doch Monarchist, bei solch einer Art Erhebung könne er nicht mitmachen, er fühle sich als Vertreter seines Königs. Der „König“ war Kronprinz Rupprecht, bayerischer Thronprätendent, den seine Anhänger nach dem Tode des letzten Königs Ludwig III. gern König nannten.

Da beschloß Hitler, um diesen Königstreuen zu betölpeln, die Sprache der Höfe zu reden. Er raffte alle brauchbaren Vokabeln zusammen, die er im Gedächtnis hatte, faltete die Hände und rief salbungsvoll wie ein Kammerherr: „Jawohl, Exzellenz, gerade an dem Königtum, das in so schamloser Weise dem Novemberverschreiber von 1918 zum Opfer gefallen ist, gilt es, schweres Unrecht wieder gutzumachen. Wenn Exzellenz gestatten, werde ich selbst unmittelbar von der Versammlung weg zu seiner Majestät (dem in Norddeutschlän weilenden Prinzen Rupprecht) fahren und ihm mitteilen, daß durch die deutsche Erhebung das Unrecht, das seiner Majestät Hoheliebigem Vater widerfahren ist, wieder gutgemacht ist.“

Wörtlich so: „... wenn Exzellenz gestatten ... Majestät ... Hoheliebigem Vater ...“ Man spürt, wie der ehemalige Gefreite in den vornehmen Ausdrücken angenehm badet. Ein erstklassiger Zeuge, Pöhner, ehemaliger Polizeipräsident und damals einer der höchsten bayerischen Richter, hat in seiner Aussage vor Gericht den barocken Ausspruch wieder erzählt, der einen tiefen Blick in Hitlers Seele zum 1923.

(Fortsetzung folgt.)

Der Reichsbischof auf Urlaub?

Die Bekenntniskirche „legal“ gegenüber dem „dritten Reich“

Auf demselben wird mitgeteilt, daß die Landesbischöfe Meiser und Sturm ihre Amtsgeschäfte wieder aufgenommen haben. Alle Anordnungen des „Rechtswalters“ Jäger wurden aufgehoben. Umfangreiche Unregelmäßigkeiten hatte man dem Bischof Sturm in Stuttgart „nachgewiesen“, um ihn zu disziplinieren und im Ansehen der Gläubigen zu erschüttern. Davon ist gar keine Rede mehr! Es ist alles wieder in schönster Ordnung. Die deutschen Zeitungsläser, die Details über den korrupten Bischof von Württemberg vernahmen, erfahren jetzt seine feierliche Wiedereinsetzung. Im übrigen werden sie nicht weiter unterrichtet. Das hatte Goebbels nicht erlaubt.

Die Niederlage des von Hitler gestützten Reichsbischofs, in dessen Namen die Disziplinierungen und Arrestierungen der Bischöfe erfolgt waren, ist sehr groß. Hartnäckig erhält sich das Gerücht, daß er einen „Urlaub“ antritt; es wird behauptet, er sei schon seit längerer Zeit „ernstlich krank“. Andererseits wird gesagt, daß die „deutschen Christen“ wichtige Schritte zu unternehmen gedächten, um ihren Reichsbischof und Vertrauensmann im Amt zu behalten.

Die neuen Anordnungen bedeuten für die evangelische Kirchenverfassung Deutschlands einen Wendepunkt. Es soll nicht mehr zentral von oben regiert werden, sondern der Aufbau soll wieder „von unten auf“, nämlich von den Gemeinden her erfolgen. Man glaubt, auf diesem Wege die freie und unabhängige Kirche sichern zu können. Es wird ein Leidensweg sein, durchschüttelt von den bestialischen Kämpfen. Denn überall werden jetzt die „deutschen Christen“ — von der „deutschen Glaubensbewegung“ ganz abgesehen — oppositionelle Vorstöße zur Wiederherstellung des früheren Zustandes unternehmen.

Die Bekenntniskirche beginnt, sich nach dem Siege

zu konsolidieren. Ein maßgebendes Mitglied dieser Kirche erklärte,

daß es zu den elementarsten Grundfragen des evangelischen Christentums gehöre, die **Autorität des Staates nicht nur zu achten, sondern sie auch, weil sie eine Ordnung Gottes sei, zu befestigen**. Wir machen uns als Christen nicht zum Herrn und Richter über die Geschichte, weil wir nicht den Auftrag haben, Gott in den Arm zu fallen und ihm den Weg vorzuschreiben. Es ist dem Ausland weithin entgangen, daß schon seit 1918 eine radikale Neugestaltung der evangelischen Kirche eingeleitet hat, eine Reformation des Glaubens, die die Kirche tief erschütterte. Diese Erneuerung richtet sich gegen die Verfallung des evangelischen Glaubens durch Ideen, die sich der Mensch selber macht. Das Ausland möge nicht verachten, daß wir weder durch den Staat noch durch die Partei zu Staatsfeinden erklärt worden sind. Wir fühlen uns dafür verantwortlich, dem Staat und der Partei vorzuleben, was Kirche ist, indem wir am Bekenntnis und an der Kirche bauen.

Diese programmatische Meinungsäußerung hat durchaus antinationalen Charakter. Sie bekämpft, daß es der bisherigen Kirchenopposition um die Organisation der Kirche und um die Form des Glaubens ginge. Wer gehofft hatte, daß in den Führern kämpferischer Christen auch gegen die unchristlichen und widerchristlichen Handlungen des „totalen Staates“ und seine händigen Verfolgungen von Recht und Gerechtigkeit aktiv sei, hat sie falsch beurteilt. Sie wollen nicht zu den „Staatsfeinden“ gehören. Sie kämpfen für die Form, nicht für den religiösen Inhalt, der jeden Tag von der „Ordnung Gottes“ niedergestritten wird.

Das stellen wir fest. Wir klopfen nicht an, weil wir schließlich von den im Grunde konservativen eingestellten Kirchenmännern nichts anderes erwartet haben. Ihr Ruf galt allein dem organisierten, nicht dem verwirklichten Evangelium.

Der Trierer Bischof gegen „Nationalkirche“

Scharfe Worte über Rosenberg und andere — Die Konsequenz für die Saar

Der Trierer Bischof Dr. Bornwasser gehört nicht zu Bischöfen der katholischen Kirche in Deutschland, die sich durch besondere Kampfesenergieen gegen die widerchristlichen und kirchenfeindlichen Lehren des Nationalsozialismus bisher auszeichnete. Es schien, als habe er aus tatsächlichen Erwägungen seinen Frieden mit ihnen gemacht.

Sieht eine neue Welle katholischen Abwehrwillens ein? Wie verzeichnen die Tatsache, daß Bischof Dr. Bornwasser am Allerheiligentag in Trierer Dom eine zwar vorfichtige, aber doch recht unzweideutige Sprache geführt hat. Wir entnehmen seiner Predigt (s. „Saarbrücker Landeszeitung“, 2. November):

„Ihr könnt euch denken, Geliebte, wie bitter und schmerzhaft die Sorge darüber ist, daß gerade in diesem Augenblick, wo die Volksgemeinschaft und Volkseinheit uns in bitterer Not tut, Bewegungen aufsteigen, die sich gegen die Grundlehren des Christentums über Gott und Christus und Kirche wenden und daß zugleich eine Strömung sich gebildet hat, die auf eine Nationalkirche hinstrebt, die die Herrlichkeit des Volkes noch größer machen und das echte, wahre, göttliche Christentum zertrümmern würde, wenn dies möglich wäre. Dazu kommt die tiefe für uns schmerzliche Traurigkeit, daß wo immer wir Bischöfe gegen diese Christentum und Volksgemeinschaft zerstörende neuheldische Bewegung warnend unsere Stimme erheben, noch immer Leute auftreten, die uns politische Motive unterstellen, und für Söldner der Volkverderbung halten und Verleuper staatlicher Autorität...“

„... denn wenn solche Bösartigkeit gegen Christentum und Kirche Erfolg hätte, würde sie alle Hoffnung auf den sicheren Bestand unseres Staatswesens und auf eine glückliche Zukunft unseres leidenden Volkes zu nichte machen...“

„... Und da sollten wir Bischöfe nicht laut und eindringlich unsere Stimme erheben gegen unter moralischem Druck verbreitete Bücher, die in der radikalsten Weise den wahren Götterglauben untergraben? Nun, wenn solche Bücher in Schulen, in Erzieherkreisen, in Führerkreisen und in Arbeitslagern verbreitet und zur Grundlage des Unterrichts gemacht werden oder gemacht werden sollen? Auch bei solchen, die diese Bücher um ihres Gewissens willen ablehnen und ablehnen müssen? Dazu kommt

noch — und das ist unrecht und schmerzhaft zugleich — während das Neuhelidentum vordringlich für sich wirbt, hat die gesinnungslosig katholische Presse nicht mehr die Freiheit, die großen Fragen der Zeit im Lichte katholischer Glaubens- und Sittenlehre zu behandeln und die Angriffe auf Christentum und Kirche, auf Bischöfe und Priester abzuwehren...“

„... Die Unwahrheit war immer die Feindin der Wahrheit, in es heute und wird es immer bleiben. In diesem Kampfe träumen manche auch von einer deutschen Nationalkirche, die alle Katholiken, Protestanten und vielleicht auch die Neuheiden umfassen soll. Sie träumen einen falschen Traum, sind dabei erfüllt von einer stannenswerten Unwissenheit und haben keine Ahnung von der auf ihrem Gebiete totalen, übernationalen, überwältigenden katholischen Kirche, die nach dem Willen des göttlichen Stifter die ganze Menschheit zu einer Gottesfamilie im Dienste und Dienste umfassen soll. Sie träumen auch einen gefährlichen Traum. Das Heiligste in der Menschenseele greift keine Macht der Welt auf die Dauer an...“

Wir können nur die wichtigsten Stellen der Rede abdrucken. Hinter dem feierlichen kirchlichen Kurialstil verbirgt sich die denkbar schärfste Ablehnung des Neuhelidentums und der von Müller proklamieren „romtreuen Nationalkirche“. Man kann, immer von der Ebene eines Bischofs aus gesehen, kaum deutlichere Worte der Beurteilung und der Verdammnis finden.

Der Bischof von Trier ist auch der Oberhirt der Katholiken eines sehr großen Teiles des Saargebietes. Kann er es vor seinem Gewissen und vor seiner Kirchenpflicht verantworten, seinen Gläubigen an der Saar diejenigen auszuliefern, die sich, nach seinen Worten, gegen die Grundlehren des Christentums wenden? Die den Bezug widerchristlicher Bücher, wie Rosenbergs „Mythus“, unter unmoralischen Druck befehlen?

Es gibt noch viele solcher Fragen. Ihre Konsequenz führt zu einer einzigen Antwort, die unter den Saar-Katholiken die härteste Forderung stellt: **Nie zu Hitler und diesem „dritten Reich“!** Dieser Schlüsselpunkt fehlt der Predigt des Herrn Bischofs, darum ergänzen wir ihn, und, wie wir glauben, in seinem und seiner Kirche Sinne.

zusammen eines Bekannten, dem die Entziehung des Führerscheins drohte, ein künstliches Outachten wider besseres Wissen ausgestellt, wofür er dann zur Jagd eingeladen worden sei.

Ein enger Mitarbeiter Prof. Dr. Brückner, der Leiter des Krankenhauses und der Versicherungsanstalten, sowie eine ganze Reihe seiner Kollegen wurden wegen umfangreicher Unterschlagungen von ihren Posten entfernt werden. In Raabitz wird behauptet, daß Len nicht nur eine moralische, sondern auch eine tatsächliche Mitverantwortung an den Unterschlagungen trifft.

Der Nazi-Vertrauensrat BBS aus den Berliner Lorenzbetrieben hat Beitragselder der „Deutschen Arbeitsfront“ unterschlagen.

Der Leiter der Ortsgruppe Bopfer der NS-„Volkswohlfahrt“ ist wegen Unterschlagung von Organisationsgeldern verhaftet worden.

12 Mark Wochenlohn ist zuviel

Hamburg, 24. Okt. Ueber die Not der Arbeiter im „dritten Reich“ gibt eine Erklärung des Hamburger Reichshalters Kaufmann Aufschlag: „Die händig Beschäftigten haben“, sagt er, „in den letzten Wochen oft nur eine, zwei und drei Schichten arbeiten können und zum Teil einen Wochenlohn von nur 12 Reichsmark mit noch Hause bringen können, ein Lohn, von dem sie nicht leben und nicht sterben können.“ Aber selbst diese Löhne sind noch zu hoch. Kaufmann fuhr fort: „Es kommen Leute zu mir und lauen, wir könnten noch Hamburg viel mehr Aufträge bekommen und auch neue Industrien ableben, wenn wir die Löhne senkten.“

Abschied von Oskar Cohn

A. Ph. aus Genf erreicht uns die Kunde, daß Oskar Cohn uns für immer verlassen hat. Der Tod hat ein Leben ausgeleuchtet, dessen Wesensinhalt das Leben anderer war, ein Leben, das erfüllt war von reiner, hingebender Liebe zu allem, was Menschenantlig trägt.

Wir wollen hier nicht von dem Oskar Cohn reden, der uns allen die wir ihn kannten, schon in der Heimat leuchtendes Beispiel war. Viele von uns hatten sich hineingelebt in den Mann, ihr Zentrum war etwas so Besonderes, wie die sie so sehr von ihren nichtdeutschen jüdischen Brüdern und Schwestern, daß sie sich abschlossen von denen, die aus dem Osten zu uns gekommen waren, daß sie verächtlich von den „Ostjuden“ sprachen, denen sie sich durch Sprache und Kultur überlegen fühlten. Oskar Cohn kannte die tiefe Dunkelheit. Seine sozialistische Ueberzeugung war keine Theorie, und so wurde er der nimmermüde, nie ruhende Anwalt all jener Juden, die in Deutschland vor den blutigen Verfolgungen der zaristischen Götzen eine Zuflucht suchten, die aus Rumänien zu uns kamen, trotz der mörderischen Pogrombegebe entronnen zu sein. Oft war es schwer, ihnen das Aufenthaltsgeld zu verschaffen, schloß doch nicht selten alle erforderlichen Papiere, die man in der Hast der Flucht — wir wissen heute aus eigener Erfahrung, daß das möglich ist — in der unglücklichen Heimat zurückgelassen hatte. Oskar Cohn nahm sich der Armen an, er, der vielbeschäftigte Anwalt, brachte einen großen Teil seiner Zeit im Reichsinnenministerium, im Preussischen Innenministerium, auf dem Berliner Polizeipräsidium zu, und war glücklich, wenn er den Verfolgten ein Atin in Deutschland verschaffen konnte. Selbstlos tat er es, uneigennützig, ohne klingenden Lohn zu erhalten, und in der Mehrzahl der Fälle half er noch seinen „Mandanten“ mit eigenen Mitteln.

So selbstlos lernten wir ihn auch in der Emigration kennen. Was er in Deutschland befaß, wurde ihm von denen genommen, die dort heute an der Macht sind. Sehr bedauerlich waren die Mittel, die ihm geblieben waren. Und doch teilte er sie mit den vielen Notleidenden, die in unendlicher Zahl den Weg zu ihm fanden, als sie von seiner Anwesenheit in Paris erfuhr. Er wurde einer der eifrigsten und vorbildlichsten Mitarbeiter im „Service Juridique pour les Réfugiés allemands“, dem unter dem Schutze der französischen Visa für Menschenrechte in der französischen Hauptstadt arbeitenden deutschen Komitee, in dem er bald den Vorsitz übernahm, wußten wir doch nach dem Weggang von Professor Gumbel noch von seinen, der mehr als er, der Anwalt des Rechtes, geeignet war, daran führend mitzuarbeiten, daß der Emigration ihr Recht wurde.

Wir lagen: der Emigration. Gewiß, Oskar Cohn war ein Jude, ein begabter, von der Liebe zu seiner Religions- und Stammesgemeinschaft durchglühter Jude. Aber sein Menschentum war noch größer als eine unswandelbare, treue zionistische Ueberzeugung. Und darum fragte er nicht danach, ob der, der seinen Rat, seine Hilfe suchte, Jude oder Christ war. Er sah in dem, der bittend zu ihm kam, nur den Menschen, den verfolgt und gebeden Emigranten. Wie ist hat er sich gerade bei den Beratungen des „Vigilantcomité“ dafür eingesetzt, daß Nichtjuden geholfen wurde, wie war gerade in dieser Beziehung seine Mitarbeit wertvoll als Verbindungsmann zum französischen „Comité National“.

Als dieses große, vom Baron Robert de Rothschild geleitete Hilfskomitee Deutsche zur ehrenamtlichen Mitarbeit heranzog und in der „Deutschen Kommission“ zusammenfasste, da war es selbstverständlich, daß Oskar Cohn zu den vornehmsten Mitarbeitern gehörte. Seine Kluge, abgewogene, überleale Rede fand immer Gehör. Nur selten verließ ihn die Ruhe, und nur dann, wenn man dem Recht Gewalt antun wollte und es an Verhandlung für die Verfolgten fehlte. Da wurde er zum klammernden Verteidiger des Rechtes der Unterdrückten.

Sein persönliches Beispiel aber, die Reinheit und Unantastbarkeit seines Charakters, wirkten noch mehr als sein Wort. Wären der deutschen Emigration Freunde in den Reihen der französischen Gahaber. Seine Tätigkeit als Mitglied des „Comité des Delegations Juifs“ führte ihn durch ganz Frankreich. Ueberall ward er um Verständnis für die Not der Emigration, überall wußte er, mit Ernst und Nachdruck, mit Ueberzeugungskraft den französischen Kreisen klar zu machen, daß jede Hilfe, die sie der deutschen Emigration zuteil werden ließ, jeder Centimes, den sie hergaben, um Aufklärung im Kampfe gegen die antisemitische Massenbegeisterung zu schaffen, für sie selbst wertvoll war, weil dadurch Frankreich selbst vor dem Gift des Massenwahns geschützt wurde.

Oskar Cohn hat nun die Augen für immer geschlossen, hat uns für immer verlassen. Sein Rat und seine Tat werden den Deutschen, die innerhalb der letzten zwei Jahre die Heimat verloren, sehr, sehr fehlen. Die jüdische Emigration verliert mehr in ihm. Sie beweint ihren Vater, ihren Bruder, ihren Freund.

Ehrenbürgerbriefe

Im Dutzend billiger

Wir lesen in einer Münchener Tageszeitung: „Ehrenbürgerbrief der Stadt Bevergern für den Chef des Stabes. Der Ehrenbürgerbrief, der aus Pergament gearbeitet ist, zeigt links das Geburtsjahr des Chefs des Stabes... Der Entwurf des Ehrenbürgerbriefes stammt von... der Einband wurde hergestellt von...“ Wir ächzen — das kommt uns alles so bekannt vor — das hat doch schon mal irgendwo gestanden — das kann doch nicht neu sein? Halt mal! Wie hieß es vor wenigen Monaten in einem Stettiner Blatt?

„Und während wir alle Pflichten leisteten, arbeiteten Graphiker und Kunstschüler der Stettiner Handwerker-Schule an der würdigen Gestaltung der hohen Ehrenbürgerbriefe für den Stadtschiff.“

Damals ward Stettin — diesmal ist es Bevergern; damals galt die Ehre dem Stadtschiff — diesmal auch; damals hieß der Stadtschiff Adorn — diesmal heißt er Lube. Und nächstes Mal?

Ehrenbürgerrechte schenken im „dritten Reich“ keineswegs vor dem Denker, Ehrenbürgerrechte sind überhaupt nichts besonderes mehr, Ehrenbürgerrechte werden zu Engros-Preisen abgegeben; der Führer hätte die am 30. Juni verfallenen Stücke nicht mit gerechnet — schon einige Dutzend davon besitzen.

Die Ehre ist wohlfeil geworden in Deutschland!

Und die Sorgen der Bonzenführer

Die Abtunatur des Chefs des Stabes teilt mit: „Sichtlich der Ausdehnung über das Terrain der Kermelstreifen der alten verdienten SA-Männer ist ein Irrtum insofern unterlaufen, als erstens diese Kermelstreifen nicht nur am linken, sondern an beiden Armen, zweitens die Kermelstreifen um den ganzen Arm herum getragen werden...“

Bilder des Führers werden nicht versteigert

In der Alten Post von Gießen fand eine Versteigerung statt, bei der sich unter der Masse auch Bilder des Führers befanden. Die Kreisleitung der NSDAP. griff ein und erzwang die Bilder, um so ihre Versteigerung zu verhindern.

Korrupt'e Hitlerbonzen

Die tägliche Liste

Vor der Großen Strafkammer in Weiermünde hatte sich der Kreisorganisationsleiter der NSD, Stadtkreis Weiermünde, Richard Deun, zu verantworten. Deun hatte sich dadurch bereichert, daß er für eine Lieferung von hundert Tonnen Heringen an die NSD, des Landkreises Weiermünde 200 Mark einnahm, während er selbst für diese Heringe nur 14 Mark zu zahlen hatte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 1 1/2 Jahre Zuchthaus, drei Jahren Ehrverlust und 100 Mark Geldstrafe, erzwang weitere fünf Tage Zuchthaus. Außerdem hat Deun die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Der frühere Polizeikommissar Heinrich Jäger in Darmstadt wurde von der Großen Strafkammer wegen Unterschlagung in vier Fällen, einfacher Bestechung, Diebstahls, Betrugs und Abtugung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Vorsitzende bezeichnete ihn als einen Schädling der guten Sache, gegen den unarmberzig vorgegangen werden müsse. Er bedauere, daß er ihm nicht die bürgerlichen Ehrenrechte aberkennen könne. Die Untersuchungshaft werde ihm nicht angerechnet, weil er bis zuletzt gelehrt habe. Unter Mißbrauch seines Amtes habe er Bücher und Waffen für sich behalten, die von der SA beschlagnahmt waren, ferner aus der Tombola des Winterhilfswerks eine Schlampe weggenommen. Mit unter falschen Angaben Waffen aus dem Offenbacher Heimatmuseum angekauft usw. Der Angeklagte habe weiter der Firma, bei der er früher beschäftigt war, unter Drohungen 200 Mark für angeblich geleistete Ueberstunden abgedrückt. Endlich habe er

Frankreichs innere Spannung

Bemühungen um die Lösung

11. Vb. Paris, 3. November.

(Von unserem Korrespondenten)

Wie wir gestern schon darlegten, hat keine der in der Regierung vertretenen Parteien ein Interesse an einer Krise, und Ministerpräsident Doumergue wünscht sie ebensowenig wie die von Herriot geführten radikalsozialistischen Minister. Ganz in diesem Sinne schreibt denn auch der „Intransigent“, man denke ganz und gar nicht im Kabinett daran, sich zu verneigen. Weder Doumergue noch die Minister, die seine Partei nähmen, noch Herriot und seine Freunde seien eigenständig genug, um das Ende des Bürgerkriegs herbeizuführen. Man sei überzeugt, daß man sich einigen werde.

Aber, so fragt das Blatt, auf welcher Grundlage? Und das ist eben die Schwierigkeit. Sicherlich hat der Kongreß von Rantes Herriot eine Blankofolienmacht erteilt für die Verhandlungen mit Doumergue, aber der Kongreß hat recht deutlich seinen einmütigen Willen erkennen lassen, daß gewisse Grenzen gewahrt werden müssen, und zu diesen gehört auch das Recht des Senats, daß die Auflösung der Kammer durch den Staatspräsidenten an seine Zustimmung gebunden ist.

Die „Welsen von Zion“

Bern, 3. November.

Nachdem die Zeugeneinvernahme im Berner Prozeß um die „Protokolle der Weisen von Zion“ vernichtend auf die angeklagten hebräischen Nazis war, ging deren Vertretung darauf aus, durch ein Verschleierungsmanöver die Urteilsfindung zu verzögern. Die Nazis-Verteidigung verlangte, daß ihr Gelehrtenrat einen Experten beauftragte, eine Expertise einzuholen, was die Beklagnen bisher verweigert hatten, obwohl ihnen durch die Zeit ein Nachzug zur Verfügung stand. Aus Veranlassung stellte Prof. Matti, Vertreter des israelitischen Gemeindebundes, bei Eröffnung der Verhandlungen am Mittwoch den Vorras, diese zu vertagen, bis die Beklagnen ihr Gutachten eingebracht hätten. Die Experten und der Gerichtspräsident erklärten sich mit diesem Vorschlag einverstanden, wenn der Experte Dr. Baumgarten seiner Auffassung Ausdruck gab, daß der frühe Einrud der Zeugeneinvernahme vernünftig werde. Innerhalb 4 Tagen sollen die beklagten Nazis dem Oberpräsidenten mitteilen, ob der von ihnen genannte Experte, der deutsche Oberleutnant a. D. Meischauer, die Expertise endgültig übernehmen wolle. Beliebenfalls sollen ihm während der Dauer eines Monats die Akten in einem schweizerischen Grenzort zur Verfügung stehen. Die Verhandlungen wurden hierauf abgebrochen und vertagt.

Die Jungarbeiter

Leidenschaftliche Kundgebungen

Berlin, 3. November.

„Jungarbeiterbund“ berichtet, daß die Berliner Arbeiter zu Massenaktionen gegen das Gesetz vorzugehen, das die Entlassung der Jungarbeiter aus den Fabriken anordnet. Diese Protestaktionen trugen einen besonders leidenschaftlichen Charakter bei den Arbeitern der Berliner Gießereifabrikwerke A. G. (Gewaag) und in den Versammlungen, die von den Arbeitern der Berliner Verkehrs-Gesellschaft organisiert wurden. Trotz des Terrors protestierten sie offen in härmischen Versammlungen gegen dieses Gesetz.

Dasselbe Blatt hebt hervor, daß diese Aktionen durch ihre Leidenschaftlichkeit und ihren Massencharakter alle antisemitischen Aktionen der Berliner Arbeiter übertrafen, zu denen es im Laufe des letzten Jahres gekommen ist.

Holland kündigt den Clearingvertrag

Amsterdam, 3. November.

Die holländische Regierung hat das deutsch-niederländische Clearingabkommen zum 10. November gekündigt.

Der tiefere Grund dieser Kündigung ist in der großen Unzufriedenheit zu suchen, die in weiten Kreisen der holländischen Wirtschaft in bezug auf den Handelsverkehr mit Deutschland herrscht. Wir haben schon wiederholt an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß durch Schachts „Angriffe“ nicht nur die ausländischen Gläubiger, sondern selbst die Warenlieferanten gequält werden. Man kann selbstverständlich einige Zeit die ausländischen Warenlieferanten benachteiligen, aber auf die Dauer kann sich die Gegenseite derartige Manipulationen nicht gefallen lassen. Immer mehr setzte sich in Holland der Gedanke durch, daß bei dem gegenwärtigen Verrechnungsabkommen, die holländischen Lieferanten ihre Forderungen nur ganz langsam eintreiben können. Durch die verhängte Auszahlung der deutschen Warenlieferanten, haben schon seit einigen Wochen eine Anzahl holländischer Exporteure erklärt, daß sie nach Deutschland nur unter der Bedingung liefern, wenn ihnen der Verkaufspreis bei Warenabgabe voll ausbezahlt wird.

Den äußeren Anlaß zur Kündigung hat sicherlich die Bekanntgabe des neuen deutsch-englischen Zahlungsabkommens gemacht. Die holländische Regierung hat auf Grund dieses Abkommens die Bestätigung machen können, daß die Engländer durch ihre entschiedene Haltung Schacht zu einem starken Nachgeben veranlaßt haben. England befindet sich vor jetzt ab in großem Vorteil gegenüber anderen Ländern, die Zahlungsabkommen mit Deutschland abgeschlossen haben. Die Holländer sind deshalb ihrerseits fest entschlossen, bei den kommenden Verhandlungen mit dem „dritten Reich“ ihre Interessen wahrzunehmen und sind ebenfalls bereit, falls Schacht sich nicht zu anderen Konzessionen bereit erklären wird, einen Handelskrieg durchzuführen.

Annäherung Berlin-Tokio

Tokio, 31. Oktober.

Es erscheint sicher, daß die deutsche und die japanische Regierung ein Ausgleichsabkommen abgeschlossen haben, das für Japan die Verpflichtung vorsieht, Deutschland im Laufe des Jahres 1934/35 1.200.000 Tonnen Sojabohnen zu liefern, während das Reich verpflichtet ist, Japan Maschinen-gewehre und Flugzeuge im Betrage des Gegenwertes zu liefern.

Man erzählt weiter, daß der Vertreter der NS. Farben kürzlich in Tokio weilte, wo er mit den Militärbehörden Fühlung nahm.

Wie im Kriege

Bewachung von Gehöften und Feldscheunen

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Verbrechenliche Elemente haben sich nicht geschert, in letzter Zeit Scheunen, die mit Erntevorräten gefüllt waren, in Brand zu stecken. Bei der großen Bedeutung, die die Erträge des deutschen Aders für die Volksernährung haben, ist unbedingt dafür zu sorgen, daß weitere verheerende Verluste durch energische Vorbeugungsmaßnahmen unmöglich gemacht werden. In einem Erlaß an die Polizeibehörden in Preußen werden diese nochmals darauf hingewiesen, dem Schutz der Erntevorräte besondere Bedeutung beizulegen und alle geeigneten erziehenden Abwehrmittel durchzuführen. Unter der Leitung der Gendarmerie sollen Streifen eingeleitet werden, die abseitsstehende Feldscheunen und Gehöfte planmäßig über-machen. Da die eigenen Kräfte der Gendarmerie für diese Zwecke nicht ausreichen, soll nach Mithlungnahme mit den örtlichen SA, SS- und NSDAP-Einheiten ein Streifen-dienst aus Mitgliedern dieser Formationen eingeleitet werden.

Durchs Guckloch

Einer, der es mit den hochselig entschlafenen Liberalen immer noch zu tun hat, ist Herr Hans Bogner, der es an der Universität München, man weiß nicht durch was, zum Privatdozenten gebracht hat. Er hat sich verschworen, dem „Urbild des Liberalen“, so drückt sich der Titel seines Zeit-artikels in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus, einen 30. Juni in litteris zu bereiten. Wir wüßten freilich nicht, wo noch solche Delinquenten zu finden wären. In Deutschland, wo es überhaupt immer nur so Lala-Liberalen, solche mit Eichenlaub und Schicrtern, wenigstens soweit unsere persönlichen Erinnerungen zurückreichen, gegeben hat, ist die Gattung ausgestorben!

Aber gut, soll Herr Bogner unserethalben auch die Verschiedenen noch hinrichten! Was hat er ihnen vorzuwerfen, insbesondere den Herren (schade, daß man nicht gut „Pg.“ sagen kann!) — also insbesondere den Herren Goethe und Nietzsche, die Herr Bogner ausdrücklich als solche „liberalen Urbilder“ an den gaudalich empfohlenen Pranger stellte, — was hat er ihnen an Misse- und Maritaten vorzuwerfen? Nun, „sie konnten nie den Staatsgedanken so blutig ernst (Herr Bogner sagt wahrscheinlich nicht ohne geschichtliche Reminiszenz „blutig“ ernst!) nehmen“, als das eben heute von allen Bogners, von allen Privatdozenten und Frieseurhilfen in Deutschland verlangt wird. Vor allem aber — und das ist das schlechterdings Unsühnbare in der Tat — das „liberale“ Urbild a la Goethe und Friedrich Nietzsche kann bei keinem Aufmarsch mitmachen“ Also schreibt Herr Bogner.

Als Johann Wolfgang noch das Land der Griechen mit der Seele suchte, konnte er noch nicht wissen, daß es wertvoller für ihn und den blutig-ernsten Staat gewesen wäre, wenn er als Scharführer der Weimarer SA. Gepäckmärsche absolviert hätte, denn so blutleere und rasselose Verse von sich zu geben. Und dem Übermenschen Nietzsche hätte man die Arbeitsdienstschippe statt des Federhalters in die Hand drücken sollen. Schon darum, weil dann Herr Hitler, der den Philosophen leider nur gelesen, aber nicht verstanden hat, wahrscheinlich nie sich eingebildet hätte, zum Diktator befugt und vor allem beschaffen zu sein.

Dieser Tage hat Herr Kunschak, der alte Christlich-Sozialer, wenn man so will, der Stegerwald Osterrichts, in Hernalis bei Wien vor katholischen Arbeitern geredet. Es war recht sympathisch, wie der alte Lägerkämpe in den leeren Wortgemengeln von „ständischen Prinzipien“ und „ständischen Verfassungen“, von denen diejenigen Staaten triefen, die allmählich merken, eine Wurst für ein Käsekrümchen, etwas Brauchbares, wenn auch mitunter schlecht verwendetes, gegen einige Lot Quatsch vertauscht zu haben, treuherzig versicherte, er sei ein Demokrat und er werde, so Gott es ihm befehle, auch als Demokrat sterben. Herr Kunschak aber begnügte sich nicht mit diesem Subjektivism. Er fügte ein Objektivum hinzu, das sich in einem Diktaturstaat immerhin als geäußerte Männlichkeit sehen lassen kann. Herr Kunschak ist nämlich gegen jede Sorte und Marke von Faschismus; was insbesondere Oesterreich angehe, so meinte er, siehe er schon lange völlig vorgebens umher, um endlich für einen österreichischen Faschismus einen österreichischen Mussolini zu entdecken Welch ein Glück, könnte man da sagen, daß es in Wöllersdorf immer noch Geselchtes mit Knödel und nicht den Blauen Heinerich von Oranienburg gibt!

F. E. Roth.

Gelegenheits-Angebot!

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

- Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller
- Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein
- Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschblatt
- Heft 4. Der Achtstundentag. Von Dr. Zauck-Berlin
- Heft 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich
- Heft 6. Das Schulkind. Von Dr. Silberstein
- Heft 7. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes
- Heft 8. Wie sollen wir uns verhalten? Von Dr. P. Bernstein
- Heft 9. Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Eisten
- Heft 10. Frauenleiden. Von Dr. J. Zudek
- Heft 11. Von medizinischen Aberglauben. Von Dr. E. Thising
- Heft 12. Das Wassertierverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Mantel
- Heft 13. Verhaltung und Heilung des Stillens. Von L. Jordan
- Heft 14. Geschlechtliche Erziehung der Arbeiterfamilie. Von Dr. I. Markne
- Heft 15. Zähne und Zahnpflege. Von Gertraud Rwald
- Heft 16. Haut und Lebensdauer des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. Mit zahlreichen Illustrationen
- Heft 17. Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein
- Heft 18. Die Krankenkasse im Hause. Von Joh. Runkel-Mannheim
- Heft 19. Die Proletarierkrankheit, ihre Entstehung und Verbreitung, Vermeidung und Heilung. Von Dr. Zudek-Berlin
- Heft 20. Atemgymnastik. Von Otto Rühle. Mit zahlreichen Illustrationen
- Heft 21. Haut- und Haarpflege. Von Dr. B. Chajes-Berlin
- Heft 22. Wie hüten wir uns vor Herzkrankheiten? Von Dr. E. Rchliach
- Heft 23. Die Hygiene der Arbeiterwohnstadt. Von Hugo Hilty-Hamburg
- Heft 24. Die Schmaroten der Menschen. Von Dr. A. Lipshütz
- Heft 25. Die Krankheiten des Ohres, der Nase usw. Von Dr. H. Scherwin
- Heft 26. Sport und Arbeiter. Von Dr. Silberstein
- Heft 27. Volksernährung. Von Dr. Julian Markuse
- Heft 28. Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf. Von Dr. Zudek-Berlin
- Heft 29. Die Berufskrankheiten der Buchdrucker. Von Dr. Silberstein
- Heft 30. Die Arzneimittel und ihre Verwendung. Von Dr. A. Lipschütz
- Heft 31. Das Auge und seine Erkrankungen. Von Dr. W. Seelgsohn
- Heft 32. Die Berufskrankheiten der Gasarbeiter. Von Dr. W. Hanauer
- Heft 33. Die Berufskrankheiten der Schneider und Textilarbeiter. Von Prof. Dr. Orstjahn
- Heft 34. Die Berufskrankheiten der Maurer und Bauarbeiter. Von Dr. med. E. Thising-Magdeburg
- Heft 35. Die Krebskrankheit. Von Dr. J. Zudek-Berlin
- Heft 36. Unsere Gesundheitsmittel. Von Dr. A. Lipschütz
- Heft 37. Die Berufskrankheiten der Müller, Anstreicher und Lackierer. Von Albert Fock
- Heft 38. Die Berufskrankheiten der Landarbeiter. Von Dr. Gramach
- Heft 39. Die Berufskrankheiten der Landarbeiter. Von Dr. Gramach
- Heft 40. Die Berufskrankheiten der Landarbeiter. Von Dr. Gramach
- Heft 41. Die Berufskrankheiten der Landarbeiter. Von Dr. Gramach

Jedes Heft kostet jetzt 50 Cts
Die Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen. Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und einzeln käuflich.
Wo es der Inhalt erfordert, sind Abbildungen beigelegt

Buchhandlung der Volksstimme
G. m. b. H.
Saarbrücken 2, Trierer Str. 24, Ecke Sophienstr.

BRIEFKASTEN

H. S., London. Schön Börne wußte und schrieb es als Emigrant in seinen Briefen aus Paris „Wenn die Regierungen verrückt sind, werden alle vernünftigen Leute eingesperrt“.

L. I. R., Innsbruck. Leider verpölet überlassen Sie und die Nummer des „Tiroler Anzeigers“ vom 10. September mit dem Briefe eines Nationalsozialisten an den Landesführer des niederösterreichischen Heimatschutzes Major von Saar. Der Parteigenosse des deutschen Reichslaniers und „Ahnere“ schreibt also: „Ihre Informationen, daß einige prominente Heimwehrführer demnachtingerichiel (!) werden, sind richtig. Die Hinrichtungen werden sehr bald stattfinden. In Ihrem „Geleitbefehl“ ist folgendes zu lesen: Wir setzen Ihnen weiteren Gewalttaten mit voller Ruhe entgegen. Nur eines, bitte, ist zu merken: in dem Augenblick, wo Sie die Weisheit ausgeben, in dem gleichen Augenblick werden tausend Brunnen und Quellen mit Typhus- und Cholera-bazillen infiziert werden. Hierzu ist alles vorbereitet. Wenn Sie einige hundert unschuldige Menschen verhaften, dann müssen einige tausend unschuldige Menschen sterben. Unrecht gegen Unrecht — Gewalt gegen Gewalt, glauben Sie nicht, daß dies eine leere Trostung ist. Auch Typhus hat an die Warnungen nicht geglaubt, solange nicht geglaubt, bis er hingertichtet (!) wurde. Wir werden mit allen Mitteln kämpfen, selbst auf die Gefahr, daß Deutschland in Flammen aufgeht.“ — Das sind durchaus echte Differenziale. Gelfern, auch Frauen und Kinder, daß nur Dittler einsperren lassen. Wenn andere dem barbarischen Beispiel folgen, werden Sie mit Typhus und Cholera-bazillen „An-gelichter“. Im Saargebiet gibt es Leute, die das für „positives Christentum“ halten.

Doktor Spezialiste
DEUTSCHSPRECHEND
Münchener u. Pariser Fakultät
17, rue Reaumur
Métro Arts-et-Métiers od. République
Frauen-, Blut-, Haut-, Harn- und Geschlechtskrankheiten, Tripper, Syphilis, Männerschwäche, Neueste Heilverfahren, Elektrizität.

Harn-, Samen- und Blutanalysen, Mässige Bedingungen. (Auch für Kassenversicherte.) Täglich von 4-1 und 4-8,30 Uhr. Sonntags und Feiertagen von 9 bis 11 u. am Rand. v. Tel. Arch. 54-27

INSERIEREN BRINGT GEWINN

Schweizerisches und staatsrechtes Wurstwarengeschäft
Kasernenbäckerei, Konditorei, Weine und Liköre
Produits Schmid
75, Boulevard de Strasbourg, 5, rue St. Laurent
Pacis, bei Marx de l'Est
Telefon 4 Linien vermischt unter 80721815 91-11

Berühmte Heilseherrin
Mme Maria ZENI
Dr. ès-sciences occultes
Astrologie, Chiromancie, Cartomancie, Psychoanalyse
spricht geläufig deutsch
67, rue de la Rochefoucauld (l. Hof, Tr. C. 2, Stock rechts)
Täglich 2-7 Uhr, außer Donnerstags — Metro: Place

Wichtige Neuerscheinung für jeden Politiker!
BEER, Dr. M.
Die auswärtige Politik des „dritten Reiches“
kartoniert Fr. 25,—
gebunden Fr. 35,—
Polygraphischer Verlag AG., Zürich 1
Zu beziehen durch:
Buchhandlung der Volksstimme
Saarbrücken 2, Trierer Straße 24
Neunkirchen, Hüttenbergstraße 41

DELAMBRE
11, rue Delambre (Montparnasse), Danf. 36-17
Gruß und Kuß
Veronika
Deutsche Originalfassung und
Poliche Plätze von 6-10 Fr.

Zu verkaufen neues
Wohnhaus
12 Jahre Grundsteuer frei, Le Havre Sainte-Adresse, Nationalstraße, sofort bewohnbar, 7 Zimmer, 2 Bäder, Küche, Garage, Wasser, Gas, Elektrizität, Zentralheizung, 150 qm Garten, — aufrichtige 150 qm. Preis 30.000 Fr. hat. Schreiben R. 50102 AGENCE HAVAS LE HAVRE (Frankreich).

Lesen Sie die
Deutsche Freiheit
Einzig unabhängige Tageszeitung Deutschlands